

Palästina Journal

Ausgabe 9 · Juni 2015
Zeitung der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft



Israel als Staatsräson

Interview mit Moshe Zimmermann
Rüstungsbeziehungen

Kommentare

Tutu-Brief an EKD
Mit welchem Israel solidarisch?

Projekthilfe

Yarmouk

IMPRESSUM

ISSN 1436-252X

Herausgeber

Deutsch-Palästinensische
Gesellschaft e.V. (DPG)
PF 1148, 49171 Hilter a.T.W
dpg@dpg-netz.de, www.dpg-netz.de

Redaktion

Wiebke Diehl (Berlin)
Hermann Dierkes (Duisburg)
Jan-Günther Frenzel (Berlin)
Ingrid Koschorreck (Berlin)
Dr. Detlef Griesche (Bremen)
Nazih Musharbash (Bad Iburg)
Jürgen Sandler (Berlin)
Gisela Siebourg (Berlin)
Wiltrud Rösch-Metzler (Stuttgart)
verantwortliche Redakteurin

Redaktionsanschrift

redaktion@dpg-netz.de

Satz, Layout & Druck

Druckhaus Köhler GmbH
Siemensstraße 1–3, 31177 Harsum
www.druckhaus-koehler.de

Druckhaus  **Köhler
Harsum
GmbH**

Erscheinungsweise

Das Palästina Journal erscheint
im Jahr 2015 zweimal.

Preis

Der Bezugspreis für das Palästina Journal
ist im DPG-Mitgliedsbeitrag enthalten.

Abo

Bitte wenden Sie sich an die DPG.

Spenden

Um dieses unabhängige Journal veröffentlichen
zu können, ist die DPG auf Spenden angewiesen.

Bitte spenden Sie an:

Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V. (DPG)
Sparda West e.G.
Konto-Nr. 100339210 · BLZ 370 605 90
BIC: GENODE1SPK
IBAN: DE37 3706 0590 0100 3392 10

Titelbild

Ramallah, besetztes Palästina, 15. Mai: Eine Palästinenserin hält einen symbolischen Schlüssel in der Hand und demonstriert am 15. Mai 2012, dem Nakba-Tag, der an die Vertreibung von Flüchtlingen aus Israel im Jahr 1948 erinnert.
FOTO // RYAN RODRICK BEILER / SHUTTER-STOCK.COM

Inhalt

Palästina Journal · Ausgabe 9 · Juni 2015



- 03 Nachrichten aus Palästina** // Gaza / Kinder in Haft / Ende der Sicherheitskooperation / Neuer UN-Sonderberichterstatter für Palästina
- 06 Schwerpunkt Israel** // Christliche und jüdische Israelsehnsucht
- 07 Kommentare** // Demokratiedefizit / Bischof Tutu-Brief an Kirchentag
- 08 Schwerpunkt Israel** // „Die deutsche Regierung sollte sich nicht ducken.“ / Interview mit dem Historiker Moshe Zimmermann über das deutsch-israelische Verhältnis
- 10 Schwerpunkt Israel** // Israel, Palästina und die deutsche Staatsräson / Tagungsbericht
- 12 Schwerpunkt Israel** // Rüstungsbeziehungen zu Israel / Keine Waffen nach Nahost
- 14 Deutsche und EU-Nahostpolitik** // Militärische Zusammenarbeit mit Israel / Antisemitismus und BDS / EU-Missionsbericht
- 15 Schwerpunkt Israel** // Mit welchem Israel solidarisieren Sie sich?
- 16 Aktivitäten** // Kirchentag mit Thementag Nahost / Erfolgreiche „Nakba“-Ausstellung in Bremen / Palästinenserkonferenz in Berlin sollte verhindert werden / DPG-Regionalgruppen
- 18 Weltweite Solidarität** // Fünf Jahre Kairos-Palästina-Dokument / Stoppt Vertreibung aus Ost-Jerusalem / Keine Zusammenarbeit mit der Besatzung / Parlamentarierin in Verwaltungshaft
- 20 Bücher und Filme** // Mitri Raheb / Shir Hever / Carola Richter / Reiseführer / Censored Voices / Der grüne Prinz / Ausstellung: Kinder in Palästina
- 22 Schwerpunkt Israel** // Lillian Rosengarten – eine Kämpferin für die Menschenrechte der Palästinenser
- 23 Projekthilfe** // Yarmouk

Liebe Leserinnen und Leser,

50 Jahre diplomatische Beziehungen zwischen Deutschland und Israel werden in diesem Jahr gefeiert. Noch älter ist jedoch die militärische Zusammenarbeit. Otfried Nassauer beschreibt die Waffenlieferungen von U-Booten bis zu Panzermotoren kenntnisreich in dieser Ausgabe. Was es sonst noch bedeutet, wenn die Sicherheit Israels zur deutschen Staatsräson gehört, untersuchen wir kritisch im Schwerpunktteil.

Wenn Ihnen unser Journal gefällt, fordern Sie bitte, falls möglich mit einer kleinen Spende versehen, weitere Exemplare an und verteilen Sie diese in Ihrem Bekanntenkreis und bei Veranstaltungen. Das würde uns freuen.

Die Redaktion
redaktion@dpg-netz.de

Nachrichten aus Palästina



FOTO // RYAN RODRICK BEILER / SHUTTERSTOCK.COM

IS IN YARMOUK

Seit April ist das palästinensische Flüchtlingslager Yarmouk/Damaskus in den Händen des IS. Möglich war dies nach Angaben von Medico, weil die Al-Qaida-nahe Nusra-Front, die seit der Jahreswende die stärkste Militärfkraft in Yarmouk war, mit dem IS kooperiert. Das Regime und mit ihm loyale palästinensische Milizen versuchen den IS zurückzudrängen. Zwischen diesen beiden Fronten operiert die Hamas-nahe Aknaf Beet al Maqdisi-Miliz. Für die noch rund 16.000 in Yarmouk lebenden Menschen gibt es kaum noch Nahrungsmittel, kein Wasser und keine medizinische Versorgung mehr. Früher konnte sich die Zivilgesellschaft dem Druck der Belagerung durch Eigeninitiative erwehren. Diejenigen palästinensischen AktivistInnen, die sich einer Zusammenarbeit sowohl mit dem IS als auch dem syrischen Regime verweigern, werden, so Medico, von beiden Konfliktparteien mit regelrechten Todeslisten gesucht.

GAZA

Sechs Monate nachdem Geber 3,5 Milliarden US-Dollar für den Wiederaufbau von Gaza versprochen, ist noch kein einziges der 19.000 zerstörten Häuser wieder aufgebaut. 100.000 Menschen sind immer noch obdachlos. 46 internationale Hilfsorganisationen, darunter Oxfam, schlagen deshalb Alarm. Jederzeit könnte wieder ein Krieg ausbrechen, wenn die Geldgeber nicht auf einem dauerhaften Waffenstillstand bestehen, auf einer Bestrafung der Schuldigen und einer Aufhebung der Blockade. Die meisten der 81 zerstörten Gesundheitszentren und Kliniken sind noch nicht wieder aufgebaut.

MEDIATORINNEN IN GAZA

Das palästinensische Zentrum für Demokratie und Konfliktlösung hat seit 2010 rund 80 Mediatorinnen ausgebildet. Misshandelte und marginalisierte Frauen haben dadurch die Möglichkeit, sich weiblichen Mediatoren mitzuteilen, was seit dem letzten Gaza-Krieg verstärkt genutzt wird. Die Mediatorinnen intervenieren bei Problemen, die Frauen betreffen, wie Wohnung, Erbe oder Gewalt in der Familie. Es fehlt noch die Unterstützung der Regierung und der rechtliche Schutz, um eigene Einrichtungen zu schaffen, wo Frauen im Falle von Gewalt hingehen können.

PALÄSTINA TRITT STRAFGERICHTSHOF BEI

Seit dem 1. April ist Palästina Mitglied beim Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag. Damit ist der Weg frei, um Klagen gegen Israelis wegen Kriegsverbrechen einzureichen. Verhandelt werden könnte auch der Siedlungsbau auf besetztem Gebiet. Artikel 49, Absatz 6 der Vierten Genfer Konvention verbietet einer Besatzungsmacht den Bevölkerungstransfer auf fremdes Territorium. Das erste Zusatzprotokoll von 1977 wertet ein solches Vorgehen als Kriegsverbrechen.

PLO WILL ENDE DER SICHERHEITSKOOPERATION

Der Zentralrat der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) hat die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) aufgefordert, die Sicherheitskoordination mit Israel auszusetzen. Mustafa Barghouti, Mitglied im PLO-Zentralrat, betonte, dass diese Entscheidung für die PA bindend sei. Weiter wird gefordert, dass künftig alle israelischen Produkte boykottiert werden. Versuche, Israel als jüdischen Staat anzuerkennen, werden zurückgewiesen, Fatah und Hamas werden aufgefordert, ihren Versöhnungsprozess zu forcieren, um den Wiederaufbau des von Israel im letzten Sommer zerstörten Gazastreifens voranzutreiben. So bald wie möglich sollen zudem die wiederholt verschobenen Wahlen für das Parlament und Präsidentschaftswahlen stattfinden.

MEHR MILITÄRZONEN

Die israelische Besatzungsmacht hat mehr Gebiete im besetzten Palästina zu militärischen Sperrzonen erklärt. Darunter fallen neuerdings Teile des Dorfs Jabaa' bei Nablus, Eizariyya, Abu Dis und Anata bei Jerusalem, Gebiete um das Tote Meer und Rashaydeh in Ost-Hebron.

FOTO // ROEM



Protestgottesdienst gegen die Mauer in Beit Jala

NEUER UN-SONDERBERICHTERSTATTER

Der neue UN-Sonderberichterstatter für die Lage in den besetzten palästinensischen Gebieten, Markarim Wibisono, hat Israel aufgefordert, endlich die Umstände aufzuklären, die zum Tod von Hunderten Zivilisten während des Gaza-Krieges im Sommer 2014 geführt hatten. Dies berichtete die Junge Welt. Der Indonesier hatte im April 2014 Richard Falk abgelöst, der während seiner Amtszeit mit Israel scharf ins Gericht gegangen war. In einem Bericht an den UN-Menschenrechtsrat in Genf legt Wibisono dar, dass von den 2.256 Palästinensern, die während des Krieges im Juli und August 2014 getötet wurden, 1.563 Zivilisten waren, darunter 538 Kinder. Auf israelischer Seite waren 66 Personen ums Leben gekommen, fünf davon Zivilisten. »Der große Unterschied (...) weist auf ein Ungleichgewicht (...) hin, was dazu geführt hat, dass die palästinensische Zivilbevölkerung ein Übermaß an Opfern zu tragen hatte, so Wibisono. Das wiederum führe zu der Frage, »ob Israel sich an die Prinzipien des Völkerrechts gehalten hat«. Die meisten der getöteten Zivilisten seien »durch Raketenangriffe in ihren eigenen Wohnungen, meist bei Nacht, getötet worden«, so Wibisono weiter. Es habe sich nicht um »Zuschauer am Straßenrand« gehandelt, »die zur falschen Zeit am falschen Ort« gewesen seien. Wie seinem Vorgänger Falk hatte Israel auch Wibisono die Einreise in den Gazastreifen verweigert. Der UN-Sonderermittler hatte daher mit Augenzeugen und Opfern des Krieges in Amman und Kairo gesprochen.

ERFOLG GEGEN MAUERBAU

Nach siebenjährigem gewaltlosen Kampf gegen den Mauerverlauf um das Kloster Cremisan in Beit Jala hat das israelische Oberste Gericht erklärt, dass die Mauer-Route nicht durch das Klostergelände gehen darf.

SIEDLUNGSREKORD

Die israelische Regierung hat im Jahr 2014 nach Angaben der israelischen Friedensorganisation Peace Now 4.485 Baugenehmigungen für Wohneinheiten in völkerrechtswidrigen Siedlungen in Palästina erteilt. 2013 waren es noch 3.710 und 2007 waren es 858.

MINISTER STIRBT BEI DEMO

Der palästinensische Wohnungsbauminister Ziyad Abu Ein ist nach einer Demonstration gegen den illegalen israelischen Siedlungs-Außenposten Adei Ad gestorben. Abu Ein war nach Angaben von Augenzeugen von einem Soldaten gestoßen worden und danach kollabiert, teilte das Zentrum für Frieden und Gerechtigkeit in Hebron mit.

FISCHER IN GAZA GEFÄHRDET

Das Zentrum für Menschenrechte in Gaza (PHRG) kritisiert die anhaltenden israelischen Angriffe auf palästinensische Fischer innerhalb der Sechsmilen-Zone. Die über 3700 Fischer seien deshalb bei ihrer Arbeit einem hohen Risiko ausgesetzt. Von den im Gaza-Jericho-Abkommen ausgehandelten 20 Seemeilen haben die palästinensischen Fischer gerade mal Zugang zu 15% des ausgehandelten Küstenstreifens. Der Zugang ist dringend nötig, denn die Küstengewässer in Gaza gelten als überfisch.

FOTO // YOUNES ARAR



ARABISCHE BÜCHER FEHLEN

In Nazareth Illit findet man in drei öffentlichen Buchereien keine arabischen Bücher, obwohl die Einwohner zu 20% Araber sind. Ebenso wenig wird für die rund 2000 arabischen Kinder eine Aktivität in ihrer Muttersprache angeboten. Die israelische Menschenrechtsorganisation ACRI hat nun eine Petition gegen diese Diskriminierung eingereicht.

WIDERSTAND

Bei der Beerdigung von Jafar Awad am 10. April in Beit Omar, der in israelischer Militärhaft starb, hat die Armee den 27-jährigen Ziad Awad erschossen. Ziad hinterlässt zwei kleine Töchter. Er ist ein Cousin des vermutlich an medizinischer Unterversorgung verstorbenen Jafar Awad.

FOTO // ALEXANDRA SCHEIDEGGER



Kinder in Haft

Israelische Streitkräfte haben im Jahr 2014 1.266 palästinensische Kinder – im Westjordanland und in Ost-Jerusalem inhaftiert, wie Abdul-Naser Farawna, Verantwortlicher für die Angelegenheiten der Gefangenen bei der PLO, berichtet. Die meisten Verhaftungen seien in der zweiten Jahreshälfte erfolgt. Die israelischen Angriffe auf palästinensische Kinder hätten v. a. in Ost-Jerusalem signifikant zugenommen. Farawna sagte außerdem, die Kinder hätten erklärt, sie seien verschiedenen Foltermethoden unterworfen und ihrer elementaren Rechte beraubt worden. Zurzeit befinden sich etwa 200 Kinder in israelischen Haftzentren. Am 31. Dezember 2014 wurde ein 14-jähriges palästinensisches Mädchen von israelischen Behörden für 22 aufeinanderfolgende Tage in Haft gehalten, ohne Kontakt zu ihren Eltern.



Schwerpunkt: Israel

Christliche und jüdische Israelsehnsucht

Schon vor den großen Einwanderungen der Juden aus Europa brachen Christen im 19. Jahrhundert nach Palästina auf. Mitte des 19. Jahrhunderts lebten in Palästina etwa 5000 Ausländer, 3000 davon waren Deutsche. Fast alle waren religiös motiviert. Neben der christlichen (vor allem protestantischen) Israelsehnsucht setzte auch eine jüdische ein.

Der Zwang, in Ghettos zu leben, hat die Juden in Deutschland seit dem Mittelalter geprägt. Vom 10. bis zum 19. Jahrhundert wurden sie ausgegrenzt: keine Möglichkeit zu politischer Verantwortung, keinerlei Anrecht auf staatsbürgerliche Rechte und keine garantierten Ansprüche auf Sicherheit und Besitz. Wohnrecht konnte jeder Landesherr und jede Bürgerschaft verweigern. Wo es gewährt wurde, bestand aber die Pflicht, nur in abgegrenzten Bezirken zu wohnen. Dieses Wohnen in getrennten Vierteln hat eine lange Geschichte. So wohnten die Juden schon in den römischen Städten von anderen Volksgruppen und Religionsgemeinschaften getrennt. Es war auch ein von den Osmanen konsequent durchgeführtes System des „Teile-und-Herrsche“-Prinzips, wie an der Aufteilung der Altstadt von Jerusalem in getrennte Stadtviertel bis heute zu erkennen ist. Es ist unschwer zu verstehen, dass der Drang der Juden in ein freies Land, in dem sie keinerlei räumlicher und rechtlicher Begrenzung ausgesetzt sein würden, ungeheuer groß war. Man suchte Neuland, in dem man sich ungehindert entfalten konnte. Umso mehr fällt auf, dass das Siedeln in Palästina, sowohl von den Christen, als auch von den Juden fast ausschließlich in religiös und ethnisch homogenen Kolonien geschah. Sicher geschah dies auch wiederum aus dem natürlichen Bedürfnis nach Vertrautheit in einer fremden Umgebung. Dass darin aber von Anfang an auch das Prinzip der Ausgrenzung angelegt war, ist bei Juden wie Christen, insbesondere bei den chiliastischen Gruppen (Erwartung des Weltuntergangs) festzustellen. Die christlichen Tempeler strebten ein eigenes, vorbildliches Gemeinwesen an, das nur Gleichgesinnten offen stand.

Trotz der gelegentlich ins Schwärmerische gesteigerten Israelbegeisterung der Tempeler in ihrer württembergischen Heimat muss in besonderer Weise betont werden, welche großartige Pionierleistung ihnen beim Aufbau Palästinas in der Neuzeit zu verdanken ist. Die Kolonisierung des Landes in der Zusammenarbeit zwischen jüdischen Neusiedlern und Templern gelang trotz gelegentlicher Differenzen und Rivalitäten.

Wenn in der theologischen Diskussion im Blick auf die Staatsgründung Israels in der Neuzeit so häufig von „Kontinuität“ die Rede ist, zeigt sich gerade darin, dass es offensichtlich dabei um einen Anspruch und nicht um ein geschichtliches Faktum geht. Gewiss, die Sehnsucht blieb kontinuierlich erhalten. (Hinsichtlich des konkreten Besitzes des Landes aber gibt es eben nur Diskontinuität.) Gerade das ist ja das Besondere, was in vielen kirchlichen Resolutionen, Denkschriften und Statements

sich nicht unwidersprochen aufrechterhalten. Der Zionismus ist im Kern die prophetische Vision von der Völkerwallfahrt zum Berg Zion, eine tiefe religiöse Verwurzelung eigener Existenz. Dies ist latent oder offen ausgesprochen auch das Selbstverständnis des Staates Israel. Eine rein politische Begründung würde der großen Zahl der Freunde Israels unter Juden und Christen weltweit keineswegs genügen. Wie die so wichtige Auseinandersetzung zwischen politischen Zionisten und sogenannten



Jerusalem, Library of Congress, Prints & Photographs Division (Matson Collection)

mit dem Begriff „Treue Gottes“ zum Ausdruck gebracht wird. Die wird aber von Christen wie Juden gleichermaßen beteuert. So hat die Israelsehnsucht beider dieselbe Wurzel. Das erneuerte Interesse am Heiligen Land im 18. und 19. Jahrhundert teilen Juden und Christen. Daraus bezieht auch der Zionismus seine Vitalität. Ganz sicher aber ist er nicht nur ein Kind des europäischen Nationalismus. Er sah sich auch im Zugzwang gegenüber der aufflammenden Israelbegeisterung der Christen. Dies wird meines Erachtens in den mir zugänglichen historischen Darstellungen kaum genannt.

Das aber hat Konsequenzen. Die weitverbreitete These, dass der Zionismus in seinen Anfängen eine rein säkulare Bewegung gewesen sei, lässt

Protestantinnen schon gleich zu Beginn der Bewegung des Zionismus Ende des 19. Jahrhunderts letztlich nicht zugelassen wurde, so unterblieb sie in der nötigen Ernsthaftigkeit bis heute. Ein künftig mit seinen Nachbarn im Nahen Osten in Frieden lebender Staat Israel wird nicht zuletzt sich dieser innenpolitischen latent vorhandenen Ungereimtheit stellen müssen.

ULRICH KADELBACH, DER THEOLOGE ULRICH KADELBACH IST AUTOR DES BUCHS „ZIONISMUS – CHRISTLICH-JÜDISCHER WETTLAUF NACH JERUSALEM“, GERHARD HESS VERLAG, 2015

KOMMENTAR

DEMOKRATIEDEFIZIT

Immer heftiger, immer wilder werden die Angriffe auf Veranstaltungen in Deutschland, in denen Menschenrechtsverletzungen an palästinensischen Kindern, Frauen und Männern und die Rechte der Palästinenser im Mittelpunkt stehen.

Ob in Berlin, Nürnberg, Bremen, München, Frankfurt, Stuttgart oder an kleinen Orten wie Neuss, ob Bürgermeister, Dekane oder DGB-Chefs, überall sehen sich „Besitzer“ von Veranstaltungsräumen, – wohlgemerkt, meist handelt es sich um öffentliche Räume –, unter Druck, eine Raumzusage wieder rückgängig zu machen. Palästina-Veranstaltungen sollen damit in eine Schmutzdecke gedrängt werden. Der brave Bürger soll möglichst nichts mehr mitkriegen von der verheerenden Lage in Gaza, Ostjerusalem und Westbank. Dass es auch anders geht, zeigte 2006 der damalige CDU-Oberbürgermeister Wolfgang Schuster in Stuttgart, der trotz brachialer Einflussnahme den Festsaal des Rathauses den Veranstaltern eines Jeff-Halper-Vortrags überließ.

Räume für Palästina-Veranstaltungen zu verbieten, funktioniert nämlich auch nicht mehr; denn die Bürger wissen es besser als die furchtsamen Raum-Inhaber, dass nur eine andere Nahostpolitik eine noch einigermaßen gute Zukunft für Israelis und Palästinenser bieten kann. Was der deutsche Beitrag dazu sein kann, das wollen sie öffentlich und am liebsten mit ihren Politikern diskutieren. Räume für diese notwendige Diskussion zu sperren, stellt ein klares Demokratiedefizit dar. Dies führt zu einem weiteren Vertrauensverlust in die politischen, gesellschaftlichen und kirchlichen Eliten.

Auch die staatsräson-begründeten Versuche, Vorträge und Ausstellungen um eine israelische Regierungssicht zu ergänzen, tragen nicht dazu bei, wieder Vertrauen aufzubauen, wenn gleichzeitig weiterhin Israeltage ohne eine Ergänzung aus palästinensischer Sicht stattfinden dürfen. So finden selbst in der kleinsten Gemeinde noch die doppelten Standards statt, die auf der großen politischen Bühne Deutschlands zu beobachten sind.

Eigentlich müsste zur deutschen Staatsräson gehören: mehr Demokratie wagen.

WILTRUD RÖSCH-METZLER
REDAKTEURIN DES PALÄSTINA JOURNALS

„Fordert Freiheit für Palästina, damit auch Israel frei sein kann“

„Natürlich verurteilen wir diejenigen, die von Palästina aus Raketen auf zivile Ziele in Israel abfeuern, aber Israels militärischer Angriff auf Gaza im letzten Jahr war nicht nur auf grausame Weise unverhältnismäßig, sondern auch eine brutale Demonstration der Verachtung, die Israel gegenüber dem palästinensischen Volk an den Tag legt.

... Diejenigen, die die Macht haben, unmenschliche Akte zu begehen, beschädigen zutiefst ihre eigene Menschlichkeit. Mit dieser ganz eigenen Erfahrung im Blick auf Menschenrechte und Gerechtigkeit – das ist meine Überzeugung – haben unsere Länder eine besondere Verantwortung, zu einem dauerhaften Frieden und zur Stabilität im Heiligen Land beizutragen. Sollten die Mitglieder einer Familie nicht so miteinander umgehen?

Als Christen haben wir die Pflicht, an der Seite der Unterdrückten, der Geknechteten, der Armen, der mit Vorurteilen Belasteten und ungerecht Behandelten zu stehen – IMMER. Neutralität darf keine Option sein, denn sie begünstigt immer die Unterdrücker. IMMER.

BDS HAT NICHTS MIT ANTISEMITISMUS ZU TUN. MACHT GESCHÄFTE MIT JUDEN, ORGANISIERT ETWAS MIT IHNEN, LIEBT SIE. ABER UNTERSTÜTZT NICHT DIE – MILITÄRISCHE, WIRTSCHAFTLICHE ODER POLITISCHE – MASCHINERIE EINES APARTHEID-STAATES. WIR KÖNNEN KEINE NORMALEN GESCHÄFTE MACHEN, DENN DIE BEDINGUNGEN IM HEILIGEN LAND SIND VOLLKOMMEN ANORMAL.

Bitte sagt eurer Regierung, dass besorgte Worte allein nicht genügen ...

Hütet euch vor Antisemitismus und allen anderen Formen von Rassismus, aber hütet euch genauso davor, zum Schweigen gebracht zu werden von jenen, die euch wegen der Kritik an der unterdrückerischen Politik Israels als Antisemiten abstempeln wollen ...

Ich bitte euch inständig, aufmerksam auf das zu hören, was im Kairos-Palästina-Papier gesagt wird. Unsere christlichen Schwestern und Brüder im Heiligen Land haben nichts von ausgewogenen Synodenerklärungen, die in gleicher Weise Sympathie mit dem Unterdrücker und den Unterdrückten zum Ausdruck bringen. Sie erwarten von uns alle erdenkliche Hilfe, ihre kollektive Freiheit zurückzugewinnen ...

Bitte schließt euch der ökumenischen Kairos-Bewegung an und fordert öffentlich und solidarisch Freiheit für Palästina, damit auch Israel frei sein kann.

EMERITUS DESMOND TUTU
ERZBISCHOF KAPSTADT/SÜDAFRIKA

BISCHOF TUTU BRIEF
AN EKD, ACK UND KIRCHENTAG (AUSZÜGE)

Schwerpunkt: Israel

„Die deutsche
Regierung sollte
sich nicht ducken.“

INTERVIEW MIT DEM HISTORIKER
MOSHE ZIMMERMANN ÜBER
DAS DEUTSCH-ISRAELISCHE VERHÄLTNIS.

Professor Moshe Zimmermann war von 1986 bis zu seiner Emeritierung 2013 Direktor des „Richard-Koebner-Zentrums für Deutsche Geschichte“ an der Hebräischen Universität Jerusalem. Er forscht u. a. über deutsche Juden und zu Antisemitismus. Als Mitglied einer deutschen Historikerkommission untersuchte er die Rolle des Nationalsozialismus im Auswärtigen Amt und die Auswirkungen auf die Jahre danach. Das Zentrum für deutsche Geschichte ist eines von mehr als 20 an israelischen Universitäten, das von der Minerva Stiftung finanziell unterstützt wird. Der regierungskritische israelische Historiker diskutierte im April zusammen mit dem CDU-Europaabgeordneten Elmar Brok über „Israel – ein Konfliktherd ohne Hoffnung?“ im Staatstheater in Stuttgart. Vor der Veranstaltung gab er dem Palästina Journal im sonnigen Schlossgarten ein Interview.

HERR PROFESSOR ZIMMERMANN, WAS HAT IHRER ANSICHT NACH DAZU GEFÜHRT, DASS NACH EINER MEINUNGSUMFRAGE DAS BILD IN ISRAEL ÜBER DEUTSCHLAND SO ERFREULICH POSITIV IST?

Prof. Moshe Zimmermann: Man hat eine Schizophrenie entstehen lassen, eine Schizophrenie zwischen Vergangenheit und Gegenwart. Man kann sich an das erinnern, was früher geschehen war und das zum Ausgang der kollektiven Identität benutzen und auf der anderen Seite nimmt man das Deutschland von heute wahr und kann so mit dem Deutschland von heute kooperieren.

Bei der Entwicklung spielen auch die unterschiedlichen Generationen eine Rolle. Handelt es sich um die Kriegs-, die Nachkriegs- oder die dritte Generation? Bei der ersten ist das Deutschland der Vergangenheit auch ein Teil der eigenen Vergangenheit. Das bedeutet aber nicht, dass die jüngere Generation sich weniger mit Vergangenheit beschäftigt, nur man macht die Unterscheidung zwischen Vergangenheit und Gegenwart, was wiederum erklärt, dass so viele Israelis nach Berlin kommen.

IST DIE AUSSAGE VON KANZLERIN MERKEL, DASS ISRAELS SICHERHEIT ZUR DEUTSCHEN STAATSRÄSON GEHÖRT, FÜR EIN POSITIVES DEUTSCHLAND-BILD WICHTIG?

Diese Aussage ist eine Bestätigung, dass das Deutschland der Gegenwart ein anderes Deutschland ist. Merkel ist die populärste ausländische Politikerin in Israel. Die Israelis überlegen nicht, was die praktische Bedeutung dieser Staatsräson-Aussage ist. Es ist eine Absichtserklärung. Das ist für Israelis das Wichtigste.

WAS FÜR ERWARTUNGEN VERBINDEN SICH IN ISRAEL MIT EINER SOLCHEN AUSSAGE?

Es gibt eine Erwartung, dass jede deutsche Regierung auf ewig die israelische Politik unterstützen wird, dass Netanjahu mit allem so weitermachen kann wie bisher. Die Andeutungen, dass die deutsche Regierung unzufrieden ist, ignoriert man.

GERADE GAB ES EINEN BRIEF VON 16 EU-AUSSENMINISTERN, DIE EINE KENNZEICHNUNG VON SIEDLUNGSPRODUKTEN FORDERN. DER DEUTSCHE AUSSENMINISTER HAT NICHT UNTERSCHRIEBEN, EIN BEWEIS DAFÜR, DASS DEUTSCHLAND DIE ISRAELISCHE POLITIK BEDINGUNGSLOS UNTERSTÜTZT?

Gerade weil Deutschland von der israelischen Politik so ernst genommen wird, sollte die deutsche Regierung auch deutlich machen, dass und

wo sie unzufrieden ist, z. B. bei der Fortsetzung der Siedlungspolitik, und sich nicht sofort ducken, wenn es dann heißt, da kommt der Antisemitismus der deutschen Geschichte. Um eine Botschaft zu verstehen, müssen Israelis eins drauf gehauen bekommen, vorsichtige Formulierungen nimmt man nicht ernst.

WIRD DIE KRITIK AUS DEUTSCHLAND NICHT GEHÖRT?

Kaum. – In Deutschland gibt es einen Unterschied zwischen der politischen Klasse und der öffentlichen Meinung. Die politische Klasse verhält sich PC (politisch korrekt).

SOLL SICH DIE DEUTSCHE POLITIK FÜR SANKTIONEN GEGENÜBER ISRAEL EINSETZEN, WIE GEGENÜBER RUSSLAND?

Wirtschaftssanktionen wie bei Putin sind kontraproduktiv. Sie verstärken die Wagenburgmentalität der Israelis.

SANKTIONEN UND ANREIZE SIND NUN MAL DIE MITTEL DER AUSSENPOLITIK UND MIT ANREIZEN, WIE STEUERBEFREIUNGEN ODER FINANZIELLEN FÖRDERUNGEN VERSUCHEN ES DEUTSCHLAND UND DIE EU SEIT JAHRZEHNTEN ERFOLGLOS. ANREIZE UND SANKTIONEN FUNKTIONIEREN ALSO NICHT?

Beides funktioniert nicht. Das, was die israelische Politik bewegen kann, ist nur die Wahrscheinlichkeit einer Katastrophe.

MAN LÄSST ISRAEL ALSO SEHENDEN AUGES IN EINE KATASTROPHE GEHEN?

Wenn man die israelische Politik nicht konstruktiv begleiten kann, wird man das so machen, und es wird dann hinterher heißen: Wir haben euch gewarnt. Man bleibt mit Blick auf die Amerikaner dabei, aber die Haltung von Deutschland wird sein: abwarten und Tee trinken.

GEHEN WIR ZURÜCK ZU DEN KLEINEN SCHRITTEN. IN DER EU, AUCH MIT DEUTSCHER ZUSTIMMUNG, ZEICHNET SICH EINE POLITIK AB, DIE DIE VÖLKERRECHTSWIDRIGEN SIEDLUNGEN NICHT MEHR BEDINGUNGSLOS UNTERSTÜTZEN MÖCHTE. WIE BEWERTEN SIE DIESE POLITIK?

Deutschland versucht, keine Alleingänge zu machen, sondern macht Politik mit Europa zusammen. Europa funktionierte als Alibi. Seit 1980 hat man sich dort, wo die deutsche Politik daran interessiert war, eine kritische Haltung zum Ausdruck zu bringen, der EU angeschlossen.

VON DER UNIVERSITÄT KONSTANZ GIBT ES EINE UNTERSUCHUNG, WONACH MENSCHEN IN DEUTSCHLAND, DIE SICH AN DER SEITE ISRAELS SEHEN, ANDERS ALS JENE, DIE SICH AN DER SEITE PALÄSTINAS SEHEN, VOR ALLEM EINE MILITÄRISCHE LÖSUNG FÜR DEN NAHOSTKONFLIKT IN BETRACHT ZIEHEN. MÜSSEN WIR UNS AUF MEHR AUFRÜSTUNG IN ISRAEL EINSTELLEN ODER WO LIEGT AKTUELL EIN ANSATZ FÜR EINE NICHTMILITÄRISCHE LÖSUNG?

Leute, die so denken, denken wie viele Israelis, dass Gewalt die Entscheidung herbeiführt. Was ich Katastrophe genannt habe, bedeutet so was, und im Nahen Osten ist so etwas zu erwarten. Die Gaskriege sind Anzeichen dafür. Was aus Frankreich und Deutschland Freunde machte, war eine Katastrophe. Die Intelligenzen lernen aus der Erfahrung anderer, die Dummen lernen aus der eigenen Erfahrung. Die Dummen leben im Nahen Osten.

VIELEN DANK, HERR ZIMMERMANN.

Das Interview führte Wiltrud Rösch-Metzler.

EMPFEHLUNG ZUM WEITERLESEN

**MOSHE ZIMMERMANN,
DIE ANGST VOR DEM FRIEDEN.
DAS ISRAELISCHE DILEMMA,
AUFBAU VERLAG BERLIN,
ERSTAUFLAGE 2010**

[] KURZREZENSION // Zimmermanns düster und pessimistisch ausgefallene Analyse der israelischen Gesellschaft und Politik hellt sich auch am Schluss seines Buches nicht auf. Er kann keine positiven Ausblicke und Hoffnung für die Zukunft anbieten. Ganz im Gegenteil, Israel hat sich in einer Wagenburg im wahrsten Sinne des Wortes „selbst eingemauert“ – ein Ausweg aus der Misere ist nirgendwo in Sicht. Als entscheidendes Motiv hinter dieser Mentalität sieht Zimmermann die Angst. Jeder Kompromiss, jede Alternative und jedes mögliche Friedensangebot wird als lebensgefährlich und existenzbedrohend erlebt. Dem bestürzten Leser bleibt nach Lektüre dieses Buches nur die bange Frage: Quo vadis Israel? Israel braucht offenbar wirklich unsere Hilfe und Solidarität, aber eine ganz andere, als der „Westen“ sie bisher erbracht hat.

ARN STROHMAYER

Israel, Palästina und die deutsche Staatsräson

Was bedeutet es für Israel, für Palästina und für Deutschland selber, dass sich die Bundesregierung der Sicherheit Israels als Staatsräson verpflichtet weiß? Dieser Frage ist die diesjährige Palästina-Tagung im Haus Ohrbeck bei Osnabrück Ende Februar nachgegangen. Nazih Musharbash fasste für das Palästina Journal die auf der Tagung gehaltenen Vorträge zusammen:

ISRAEL VERLEUGNET PALÄSTINA-FRAGE UND SUCHT DEREN ENTPOLITISIERUNG

■ In ihrem Vortrag bezog sich die promovierte Historikerin Tamar Amar-Dahl auf ihre Analysen und Recherchen. Grundlage ist ihr Buch „Das zionistische Israel“. Staatsräson ist das Recht des jüdischen Volkes in einem eigenen jüdischen Staat, in Erez Israel, zu leben. Zur Verinnerlichung dieser Einstellung haben diverse zionistische Mythen beigetragen, wie der Mythos „ein Volk ohne Land“ habe „ein Land ohne Volk“ vorgefunden. Dieser Ansatz rechtfertigt Maßnahmen, die die Judaisierung (und dementsprechende Entarabisierung) des Landes vorantreiben. Aus diesem Grund wird die Vertreibung und Flucht der Palästinenser geleugnet und das Gedenken an die Nakba verboten. Auch die Annexion Ost-Jerusalems, der Bau von jüdischen Siedlungen auf palästinensischem Grund und Boden sowie der Bau der Mauer sind in diesem Sinne Bestandteil der israelischen Staatsräson.

Alle diese Vorgehensweisen und vor allem der Gründungsmythos von Erez Israel kollidieren mit dem von der UN erklärten Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser. Im Prinzip sieht diese Doktrin gar keinen palästinensischen Staat vor und bekämpft deshalb seine Schaffung. In diesem Kontext ist es nur verständlich, dass es in der zionistischen Betrachtung keinen Raum für die Palästinafrage gibt, die auch noch gelöst werden soll. Der alleinige Anspruch auf Erez Israel kann infolgedessen auch einen binationalen Staat, in dem zwei Völker gleichberechtigt zusammen leben, nicht dulden. Was übrig bleibt, ist die Fortsetzung der Besatzung und der Erhalt des Status quo.

Erschwerend kommt hinzu, dass im für alle Parteien verbindlichen Sicherheitsmythos die Gewalt durch ein starkes Militär zu einer Notwendigkeit und zur Pflicht des Staates wird. Ein feindseliges Verhältnis zwischen Gojim (Nichtjuden) und Juden gehört damit zur unauflösbaren Doktrin und macht es erforderlich, dass Israel militärisch unschlagbar bleiben muss. Daraus erwächst ein weiterer Anspruch, dass der Staat Israel zu jeder Zeit den notwendigen Schutz der Juden gegen ihre allgegenwärtigen Feinde gewährleisten muss. Dies rechtfertigt alle militärischen und polizeilichen Einsätze und selbst extreme Gewalt.

Die israelische Sicherheitspolitik trägt damit zur Verschärfung des Konfliktes bei. Die Beständigkeit einer solchen Sicherheitspolitik und der Glaube an die militärische Stärke waren einst Garanten für

den Erhalt des Staates. Zwischenzeitlich haben sie sich als kontraproduktiv erwiesen und haben Israel zu einem gefährlichen Ort – auch für Juden –, gemacht. Im zionistischen Sinne gibt es ein Feindverständnis, bei dem die Araber als große Gefahr und die Palästinenser als besiegte Feinde und verleugnete Opfer des Zionismus angesehen werden, so die Referentin.

Der wunde Punkt des zionistischen Israel sind die Aufstände der Palästinenser in den Jahren 1987–1992 und 2000–2004 und die Internationalisierung des Palästinakonfliktes. Die Palästinenser stellen für den Zionismus eine Gefahr dar, auch wenn sie keinen Widerstand leisten.

Maßgeblich für die Gründung des Staates Israel und für die Entstehung des Nahostkonflikts waren der Antisemitismus und die Verfolgung und Ermordung der Juden in Europa. Das Festhalten an dem zionistischen Grundkonzept Erez Israel ist mit der Schaffung eines Palästinastaates unvereinbar. Deshalb verfolgt Israel die Verleugnung der Palästinafrage und sucht deren Entpolitisierung, obwohl es das Problem durch militärischen Einsatz zum Hauptthema macht. Die herrschende politische Ordnung im zionistischen Israel mit einem starken Sicherheitsmythos führt dazu, dass es einen vom Militär beherrschten Staat gibt, dem eine schwache Zivilbevölkerung ausgeliefert ist.

Zurzeit herrscht in Israel eine paradoxe Friedensideologie: Auf der einen Seite steht ein friedliches Israel und auf der anderen seine unfriedwilligen Feinde. Israel suggeriert der Öffentlichkeit und der eigenen Bevölkerung, dass „die andere Seite“ gar keinen Frieden will und hält an seinem Gründungsmythos und seiner konfliktträchtigen Ordnung fest. Denn die tief sitzende Unsicherheit über die eigene Zukunft geht einher mit der Angst vor der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit.

Die Referentin stellt zum Schluss folgende Thesen auf:

- Die Situation für die Palästinenser ist alles andere als zuversichtlich.
- Israel verfolgt die Strategie des Wartens und ignoriert, dass sich die demographische Entwicklung gegen den Mythos von Erez Israel entwickelt.
- Der andauernde Kriegszustand zermüht die Zivilgesellschaft und schwächt gleichzeitig zunehmend den Sicherheitsmythos.
- Die Fortführung des Konfliktes könnte zur Auflösung des israelischen Staates führen.

ZWEI-STAATENLÖSUNG BLEIBT ALTERNATIVLOS

■ Die Referentin Dr. Micong Klimes, Mitarbeiterin im Auswärtigen Amt, betonte, dass ihr Vortrag ihre persönliche Meinung darlege. Die Arbeit der deutschen Botschaft in Israel und der deutschen Vertretung in Ramallah ist nach den Grenzen von 1967 verteilt. Die Bundesregierung verfolge die seit den Oslo-Abkommen von der Weltgemeinschaft vorgesehene Zwei-Staaten-Lösung. Diese Lösung sei alternativlos, da das Projekt eines jüdischen und zugleich demokratischen Staates, in dem es ansonsten eine arabische Mehrheit geben würde, nicht realistisch ist. Diese Unvereinbarkeit gilt für die Europäische Union und folglich auch für Deutschland. Im Übrigen hat Deutschland nicht den politischen Einfluss, wie viele erwarten. Der Schlüssel liegt eher bei den USA. Selbstverständlich bestehen innerhalb der Staaten in der EU Differenzen bezüglich des Verhältnisses zu Israel. Alle europäischen Staaten in der EU sind sich allerdings einig, dass das Westjordanland inklusive Ost-Jerusalem und der Gazastreifen nicht zu Israel gehörten. Deshalb gibt Deutschland konsequenterweise keine Hilfen im finanziellen, wirtschaftlichen oder wissenschaftlichen Bereich für Israel innerhalb der besetzten palästinensischen Gebiete. Auch der Import von Produkten von Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten wird nicht gefördert.

EU-Förderung darf nicht in Siedlungen fließen, weil die Siedlungen völkerrechtswidrig sind. Deutschland legt sehr großen Wert darauf, dass es zwischen Israel und der palästinensischen Behörde (PA) zu einer „verhandelten Lösung“ kommt. Dazu muss sich die PA zunächst mit Hamas versöhnen, damit es eine internationale Zustimmung gibt.

Deutschland sieht deshalb unilaterale Entscheidungen grundsätzlich als einseitig und eher hinderlich an. Der Antrag der PA auf Beitritt zum Internationalen Strafgerichtshof war somit für Deutschland eine große Überraschung. Es war schon zu erwarten gewesen, dass Israel als Reaktion darauf nicht nur das Einfrieren von Steuereinnahmen erwägen würde. Die israelischen Maßnahmen hätten noch schlimmer ausfallen können. Deutschland erwartet von Israel und besteht selbstverständlich darauf, dass diese Zahlungen, die der PA zustehen, gewährt werden.

Die vorgetragenen Erläuterungen der Beziehung Deutschlands zu Israel und zur PA hatten weitere Fragen im Publikum aufgeworfen, so zum Beispiel in der Frage der Annexion. Zu Recht verurteile die

FOTO // BETLEHEM / ANN FARR



Bundesregierung Russland wegen der Annexion der Krim, weil es das Völkerrecht verletzt und verhängt Deutschland Sanktionen gegen Russland. Auf der anderen Seite folgen auf, so die überwiegende Meinung der Teilnehmer, alle israelischen Maßnahmen (Annexion von Ost-Jerusalem und weiterer Gebiete, Bau der Mauer, Bau von jüdischen Kolonien auf beschlagnahmtem palästinensischen Grund und Boden, Deportation von Einheimischen sowie Hauszerstörungen und Kollektivstrafen, Fortsetzung der Besatzung) eine „eher leise Kritik“ der Bundesregierung. Mit dieser Haltung der Bundesregierung verfestigt sich der Vorwurf der doppelten Standards.

STAATSRÄSON? WIE DEUTSCHLAND FÜR ISRAELS SICHERHEIT HAFTET

Der Journalist Werner Sonne ging auf die damals bevorstehenden israelischen Parlamentswahlen ein. Israel nehme durch seine starre Haltung billigend in Kauf, dass es sich zunehmend isoliert. Gerade deshalb wird die Beziehung zu Deutschland noch schwieriger. Der Referent bezog sich auf die besondere historische Verantwortung Deutschlands, die die Sicherheit Israels als nicht verhandelbar ansieht.

Ohne die Wiedergutmachungen und die Waffenlieferungen aus Deutschland wäre die Existenz des Staates Israel gefährdet. Deutschland steht mit seiner Staatsräson bedingungslos hinter Israel, aber dennoch sollte die Kritik an der Politik des Staates Israel kein Tabu darstellen. Kritik an Israel bleibt eher moderat, aus Angst vor dem Vorwurf des Antisemitismus.

Die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Israel betrifft alle Bereiche der Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur, sie beschränkt sich nicht nur auf die Rüstungsindustrie und die Nachrichtendienste. Dass Deutschland bisher sechs U-Boote, die nuklear bestückt werden können, an Israel geliefert hat, obwohl es sich um Waffenexporte in ein Spannungsbereich handelte, ist bekannt. Mittlerweile verfügt Israel über mehr U-Boote als die Bundesmarine

selbst. Trotz dieser engen Zusammenarbeit ist das Verhältnis zwischen Deutschland und Israel gestört. Die Bundesregierung betrachtet den Siedlungsbau mit Sorge und sieht den Fortschritt des Friedensprozesses als mehr als überfällig an. Diese Bedenken gehen durchaus konform mit Umfragen. Das Festhalten der israelischen Regierung am Siedlungsbau in den besetzten Gebieten hat geringe Sympathiewerte für Israel (33%) zur Folge. Während sich die deutsche Bevölkerung zunehmend von Israel entfernt, steigt in der israelischen Bevölkerung der Sympathiewert für Deutschland.

50 Jahre diplomatische und andere Beziehungen und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit in fast allen Bereichen zwischen Deutschland und Israel sind

nischen Beziehung haben 70% der Amerikaner ein gutes Bild von Israel.

Die Bundesregierung unter Bundeskanzlerin Merkel hält an der Staatsräson fest, die die Unterstützung und Sicherheit Israels und sein Recht auf Verteidigung beinhaltet. Manifest wurde dieses durch die Verteidigung des Gazakrieges.

Der Friedensprozess ist gescheitert und zunehmend wird deutlich, dass es keinen palästinensischen Staat geben wird, an dem Deutschland jedoch immer noch festhält. Israel schafft immer wieder neue Fakten durch Beschlagnahme von Land und Förderung des Siedlungsbaus. Es gibt nicht wenige israelische Politiker, die sich für die Annexion der C-Gebiete aussprechen. Israel verfolgt die Schaffung

FOTO // YOUSEF RIBHI



V.l.n.r.: Nazih Musharbash, Tamar Amar-Dahl, Raif Hussein, Werner Sonne

durchaus als gut zu bewerten. Im menschlichen Bereich sind die Beziehungen allerdings eher gestört. Auch das sonst sehr gute Verhältnis zwischen den USA und Israel ist durch die starre Haltung von Ministerpräsident Netanjahu ebenfalls mehr als gestört. Die von den USA immer wieder initiierten Friedensgespräche zwischen Netanjahu und Abbas sind gescheitert, zuletzt auch wegen der schlechten Beziehungen zwischen Netanjahu und Obama. Vergeblich versuchte der amerikanische Außenminister Kerry Netanjahu an den Verhandlungstisch mit den Palästinensern zu bringen und gab schließlich entnervt auf. Trotz der gestörten israelisch-amerika-

zusammenhängender Siedlungsgebiete in den besetzten palästinensischen Gebieten. Das israelische Justizwesen segnet dies ab und sieht dies als legal an. Damit steht es im Widerspruch zur europäischen und zur deutschen Politik.

Obwohl es in den Nachbarländern zu Israel alles andere als stabil und friedlich ist, hält sich Israel mit Ausnahme der Grenzregionen zu Syrien und dem Libanon bewusst aus den Regionalkrisen heraus. Die deutsche Staatsräson wird möglicherweise zum Tragen kommen, sollte Israel direkt durch den IS bedroht oder angegriffen werden. In diesem Fall wäre Deutschland gefordert.

Besondere Rüstungsbeziehungen

Am 12. Mai 2015 haben Deutschland und Israel das 50-jährige Bestehen ihrer diplomatischen Beziehungen gefeiert. Für das Geburtstagsgeschenk ist gesorgt. Deutschland wird sich an den Kosten des Baus von bis zu vier neuen Korvetten für Israels Marine beteiligen. Militärhilfe und Rüstungskoooperation sind ein zentraler Bestandteil der deutsch-israelischen Beziehungen. Wie bedeutsam sie sind, signalisierte ein Besuch des israelischen Präsidenten Reuven Rivlin bei den deutschen U-Boot-Bauern in Kiel.

Kurz vor Weihnachten hatten die Kieler Werften ThyssenKrupp Marine Systems (TKMS) und Abu Dhabi Mar noch einmal Grund zur Freude. Am 22. Dezember 2014 einigten sich Deutschland und Israel auf die Höhe der deutschen Kostenbeteiligung an bis zu vier neuen Korvetten für die israelische Marine. Bis 2019 wird deren Bau mit 115 Millionen Euro aus deutschen Steuergeldern bezuschusst. TKMS fungiert als Generalunternehmer, bei Abu Dhabi Mar, dem ehemaligen HDW-Werk Kiel-Gaarden, sollen die Schiffe gebaut werden. Abu Dhabi Mar wurde kürzlich in German Naval Yards umbenannt. Jetzt weist nichts mehr darauf hin, dass die Werft arabische Eigentümer hat.

Die Korvetten sollen zum Schutz von Dolphin, Tanin und Leviathan eingesetzt werden. So heißen nicht nur drei der U-Boote Israels, sondern auch Erdgasfelder im Mittelmeer. Israel lässt seine Offshore-Gasförderung ausbauen. Die Energieversorgung soll unabhängiger von Importen werden und Exporte sollen die chronische Devisenknappheit Israels verringern. Damit beides auch in Krisenzeiten gelingt, will Tel Aviv die Förderanlagen militärisch schützen. Selbst Attacken mit Flugzeugen, Raketen oder Marschflugkörpern sollen abgewehrt werden. Deshalb werden relativ große Schiffe benötigt, auf denen neben Geschützen, Seezielflugkörpern oder Bordhubschraubern zum Beispiel auch noch Luft- und Raketenabwehrsysteme Platz finden. Der Schiffbau soll in Deutschland erfolgen, da es in Israel keine Werft gibt, die Schiffe dieser Größe bauen könnte. Später sollen die Korvetten in Israel mit Sensoren, modernen Waffen und Elektronik ausgestattet werden.

SEIT JAHRZEHNEN IST DEUTSCHLAND NACH DEN USA DER WICHTIGSTE PARTNER ISRAELS BEI DER AUSTRÜSTUNG UND FINANZIERUNG SEINER STREITKRÄFTE.

Der subventionierte Auftrag fügt sich nahtlos in eine lange Geschichte der Unterstützung Deutschlands für Israel ein. Diese reicht bis in die 1950er Jahre zurück. Seit Jahrzehnten ist Deutschland nach den USA der wichtigste Partner Israels bei der Ausrüstung und Finanzierung seiner Streitkräfte.

Die Militärhilfe aus Berlin umfasst unter anderem Waffensysteme aus Bundeswehrbeständen, die Israel als Ausrüstungshilfe oder Dauerleihgabe zur Verfügung gestellt werden. In den 1960er Jahren waren es Schul- und Transportflugzeuge sowie Panzer, derzeit kommen zum Beispiel drei Patriot-Raketen-Batterien in Israel zum Einsatz. 2015 sollen sie durch eine Kampfführungsanlage ergänzt werden. Die Unterstützung aus deutschen Steuergeldern half Israel bereits vor mehr als 50 Jahren, gebrauchte U-Boote aus Großbritannien zu finanzieren. Später entstanden mit deutscher Hilfe drei neue U-Boote vom Typ GAL in England. Seit dem Ende des Kalten Krieges beliefert die Bundesrepublik Israel mit modernen Dolphin-U-Booten und beteiligt sich an deren Kosten. Deutschland unterstützt Tel Aviv auch bei der Devisenbeschaffung für Waffenkäufe, indem es Waffen und Rüstungsgüter aus Israel für die Bundeswehr least oder kauft. Die Ausstattung der Bundeswehr mit Uzi-Maschinenpistolen, der Kauf von Munition in den 1960ern und 1980ern, die Entwicklung des Stör- und Täuschsenders TSPJ/Cerberus für den Tornado oder das Leasing israelischer Heron-Drohnen für den Afghanistaneinsatz sind Beispiele.

WIE WEIT GEHT DIE VERPFLICHTUNG DEUTSCHLANDS ZUR UNTERSTÜTZUNG ISRAELS IM EINZELFALL?

Die Unterstützung Israels wird meist mit dem Verweis auf die besondere Verantwortung Deutschlands für die Sicherheit Israels begründet, die aus den Verbrechen des Holocausts erwachse. Der frühere Bundeskanzler Gerhard Schröder verteidigte Rüstungslieferungen an Israel 2002:

„Ich will ganz unmissverständlich sagen: Israel bekommt das, was es für die Aufrechterhaltung seiner Sicherheit braucht, und es bekommt es dann, wenn es gebraucht wird.“

Schröder dachte dabei vor allem an Israels Fähigkeit zur Selbstverteidigung.

Deutlich weiter ging Kanzlerin Angela Merkel bei ihrem Israel-Besuch 2008. Sie erklärte vor der Knesset:

„Jede Bundesregierung und jeder Bundeskanzler vor mir waren der besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die Sicherheit Israels verpflichtet. Diese historische Verantwortung Deutschlands ist Teil der Staatsräson meines Landes.“



Die Sicherheit Israels als Teil der deutschen Staatsräson? Wie weit geht die Verpflichtung Deutschlands zur Unterstützung Israels im Einzelfall? Sollte Deutschland Israel auch dann unterstützen, wenn Israels Politik im offenen Widerspruch zu völkerrechtlichen Regeln steht? Wenn die Unterstützung genutzt werden kann, um Verletzungen der Menschenrechte in den besetzten Gebieten zu begehen? Gilt sie auch für den nuklearen Bereich? Ist sie bedingungslos oder hat sie auch klare Grenzen?

Über diese Fragen gab es immer wieder Diskussionen. Eine klare Antwort aber steht bis heute aus. Zumindest im Blick auf die deutsche Praxis der Rüstungskoooperation mit Israel. Zwar werden Lieferungen von Rüstungsgütern, die auch zur Repression eingesetzt werden können, oder Lieferungen kompletter Heereswaffensysteme traditionell vorsichtiger gehandhabt als die Schiffe, Boote oder ABC-Abwehrsysteme. Aber Israel bekam oft auch dann noch Unterstützung, wenn dies im Widerspruch zur deklarierten Politik Deutschlands stand.

Wiederholt ersetzte die Lieferung von Komponenten oder von Herstellungstechnologie den Export kompletter Waffensysteme. Israel wurde zwar nie mit Kampfpanzern des Typs Leopard 2 beliefert, erhielt jedoch wesentliche technische Komponenten dieses Panzers für den Bau seiner

Merkava-Panzer. Die Glattrohrkanone, der Motor, das Getriebe sowie vor allem das Stabilisierungssystem für die Kanone, das sicherstellt, dass der Panzer auch bei voller Fahrt durchs Gelände treffsicher schießt, gelangten auf mehr oder minder verschlungenen Wegen nach Israel. Scheinbar nicht immer legal. Denn im AEG-Werk Wedel (heute ESW), dem Hersteller des Stabilisierungssystems (LTDS), wurden die Mitarbeiter vor Auslieferung der Geräte und der Herstellungsunterlagen per Aushang aufgefordert, alle Hinweise auf die Herkunft der heiklen Technik zu entfernen.

Ein anderes Beispiel: Die leichten bunkerbrechenden Handwaffen von Dynamit Nobel sind besonders gut geeignet, um Ziele hinter Wänden und Deckungen zu bekämpfen. Für den Einsatz in den besetzten Gebieten sind diese Waffen gut geeignet. Ihr Export widerspricht der deklaratorischen Politik der Bundesregierung. Trotzdem wurde sowohl der Export von Herstellungsunterlagen für die Abschussgeräte als auch der von Teilen für die Munition 2012 genehmigt. Der deutsche Hersteller der Waffen ist in israelischem Besitz.

U-BOOTE ALS ABSCHUSSPLATTFORMEN FÜR SEEGESTÜTZTE MARSCHFLUGKÖRPER MIT NUKLEAREM SPRENGKOPF?

Der Bau von U-Booten der Dolphin-Klasse ist das wichtigste deutsch-israelische Projekt der letzten 20 Jahre. Und vielleicht das problematischste. Drei nach israelischen Wünschen konzipierte Boote wurden 1999 und 2000 geliefert. Drei weitere, deutlich leistungsfähigere Boote mit Brennstoffzellenantrieb werden derzeit gebaut und exportiert. Das erste Boot, die Tanin, wurde 2014 überführt und wird in Kürze nach einem Umbau in Israel in Dienst gestellt. Die Genehmigung zur Ausfuhr des zweiten Boots erfolgte Ende März/Anfang April 2015. Es soll dieses Jahr überführt werden. Das dritte Boot wird 2018 oder 2019 folgen.



FOTO // MARCO KUNTZSCH

Tanin, Dolphin II (2. Baulos) bei HDW in Kiel, Juli 2012

Die ersten beiden Boote wurden Israel während des Golfkriegs 1991 geschenkt. Das dritte finanzierte Deutschland zu etwas mehr als der Hälfte. Bei den drei Brennstoffzellen-Booten tragen Deutschland und Israel je ein Drittel der Kosten. Um Tel Aviv die Bezahlung des letzten Drittels zu erleichtern, kauft Berlin in Israel Rüstungsgüter und Dienstleistungen für die Bundeswehr. Der Kauf von Panzerab-

wehraketen des Typs Spike oder das Leasing von Aufklärungsdrohnen vom Typ Heron sind Beispiele. Der deutsche Steuerzahler beteiligt sich an den sechs Israel-U-Booten mit etwas mehr als einer Milliarde Euro direkt und noch einmal mit mehr als 400 Millionen für Einkäufe in Israel indirekt.

Experten mutmaßten bereits Ende der 1990er Jahre, dass Israel die U-Boote als Abschussplattformen für seegestützte Marschflugkörper mit nuklearem Sprengkopf nutzen werde. Eine unverwundbare nukleare Abschreckungskomponente auf See sei für das kleine Israel von größtem Interesse. Inzwischen ist klar: Auch deutsche Politiker und Beamte, die mit dem Projekt befasst waren, waren sich dessen von Anfang an bewusst. Inzwischen ist davon auszugehen, dass Israel die Boote als Nuklearwaffenträger nutzen kann.

Gehört es zur deutschen Verpflichtung für Israels Sicherheit, Tel Aviv bei der Aufrechterhaltung

und Stärkung seines (nicht erklärten) Atomwaffenpotentials zu helfen? Israel ist dem Atomwaffensperrvertrag nie beigetreten. Deutschland ist nicht-nukleares Mitglied. Deutsches Interesse ist es, dass dem Vertrag alle Staaten der Erde beitreten und die Nuklearmächte ihre Waffen abrüsten. Es ist verpflichtet, die Nichtverbreitung zu fördern. Ist diese völkerrechtliche Verpflichtung etwa schwächer als Deutschlands Verantwortung für Israels Sicherheit? Wohl kaum. Trotzdem hat die Bundesregierung diese Frage offenbar bislang mit einem klaren Ja beantwortet. Daraus kann ein unangenehmer Präzedenzfall entstehen. Australien erwägt deutsche U-Boote zu kaufen, wenn diese weitreichende Marschflugkörper verschießen können und auch die Nuklearmacht Indien ist ebenfalls am Aufbau eines U-Boot-gestützten Nuklearwaffenpotentials und an deutschen U-Booten interessiert.



29. November 2014 | Petition zum Waffenhandel



Keine Waffen nach Nahost!

Wir Bürgerinnen und Bürger protestieren gegen die militärische Zusammenarbeit der Bundesregierung mit den Ländern des Nahen Ostens. Wir sind in Sorge um die Sicherheit der Menschen in Palästina, Israel, Ägypten, Libanon, Syrien und Jordanien. Waffenlieferungen und militärische Zusammenarbeit ermöglichen Besatzung und Krieg und stehen einer gerechten Friedenslösung im Wege.

Der Deutsche Bundestag möge beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, den Handel mit Waffen, Rüstungsgütern und „dual-use“-Produkten mit allen Ländern des Nahen Ostens einzustellen, die am israelisch-palästinensischen Konflikt direkt beteiligt sind. Dies gilt ebenso für Rüstungslieferungen, die für die Empfänger unentgeltlich sind oder anders kompensiert werden. Ebenso muss die Zusammenarbeit mit den Streitkräften dieser Staaten beendet werden, etwa zum Zweck der Ausbildung im Häuser- und Tunnel-Kampf.

Dies bezieht sich auf die Staaten Israel, Ägypten, Libanon, Syrien, Jordanien sowie auf Palästina.

Der Bundestag und die in ihm vertretenen Parteien werden alle politischen und rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, die Bundesregierung und den Bundessicherheitsrat zu einer Umsetzung dieses Beschlusses zu bewegen.

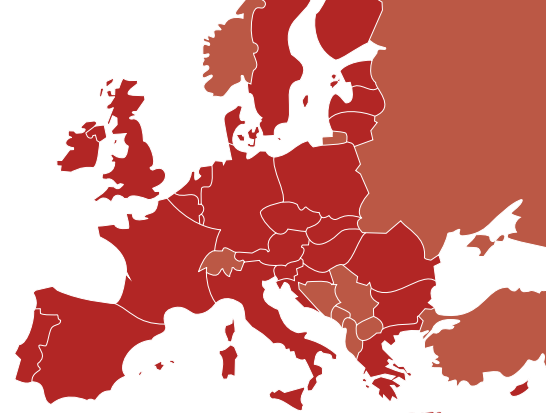
Der Bundestag wird außerdem in seiner Politik gegenüber den Ländern des Nahen Ostens darauf achten, dass Völkerrecht und Menschenrechte eingehalten werden. Der Bundestag wird alle Maßnahmen zu einer friedlichen Lösung des Konflikts auf bilateraler und internationaler Ebene unterstützen. Die Lösung muss mit dem Völkerrecht und den Menschenrechten im Einklang sein und durch gleichberechtigte Verhandlungen zwischen dem Staat Israel und seinen arabischen Nachbarn, insbesondere dem bereits von 137 UNO-Mitgliedsstaaten anerkannten Staat Palästina, erzielt werden.

Ich unterstütze die Petition an den Deutschen Bundestag

1	Name, Vorname _____ PLZ, Wohnort _____	Straße, Hausnummer _____ Unterschrift _____
2	Name, Vorname _____ PLZ, Wohnort _____	Straße, Hausnummer _____ Unterschrift _____
3	Name, Vorname _____ PLZ, Wohnort _____	Straße, Hausnummer _____ Unterschrift _____



Deutsche und EU-Nahostpolitik



DEUTSCHLAND HÄLT SICH ZURÜCK

■ In einem gemeinsamen Brief haben im April 2015 insgesamt 16 Außenminister der Europäischen Union die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini dazu aufgefordert, die Kennzeichnung von Produkten aus israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten eindeutig festzuschreiben. Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier gehörte aufgrund der besonderen Beziehungen Deutschlands zu Israel aber nicht zu den 16 Unterzeichnern des Briefes.

MILITÄRISCHE ZUSAMMENARBEIT MIT ISRAEL

■ Die Fraktion DIE LINKE hat die militärische Zusammenarbeit mit Israel hinterfragt, nachdem bekannt wurde, dass bis zu 250 deutsche Bundeswehrsoldaten in Israel ausgebildet werden. Die Antworten der Bundesregierung sind in der Drucksache 18/2419 vom Oktober 2014 zu finden: Die Ausbildung „Kampf im urbanen Gelände“ einschließlich Tunnelkampf findet erstmalig statt und wird in der zweiten Jahreshälfte des Jahres 2015 am Urban Warfare Training Center (UWTC) in Tzeelim durchgeführt. Seit 1984 haben bis zu 493 israelische Offiziere an Lehrgängen oder Übungen der Bundeswehr teilgenommen. Deutschland und Israel führen seit 1997 jährliche Heeresgeneralstabsbesprechungen durch. Dabei werde regelmäßig die aktuelle Lage in den Krisengebieten, darunter auch dem Gazastreifen, im Rahmen eines allgemeinen Informationsaustausches angesprochen.

ANTISEMITISMUS UND BDS

■ Auf Fragen zum Antisemitismus antwortete die Bundesregierung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Bundestag Drucksache 18/4173 vom März 2015). Die Bundesregierung versteht unter Antisemitismus die politisch, sozial, rassistisch oder religiös (Antijudaismus) grundierte Feindschaft gegenüber Juden. Etwa 20 % der Bevölkerung sind latent antisemitisch. Das hauptsächliche Gefahrenmoment für jüdische Einrichtungen und Interessen ergebe sich derzeit im Wesentlichen aus dem Phänomenbereich des islamistischen Terrorismus. Auf die Frage: Stuft die Bundesregierung die so genannte BDS-Kampagne gegen Israel (BDS – Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen) als antisemitisch ein? antwortete die Bundesregierung:

„Die Bundesregierung hat keine Kenntnis von Aktivitäten der oben genannten Kampagne, die nach § 3 BVerfSchG eine Beobachtung durch das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) ermöglichen. Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung liegen der Bundesregierung nicht vor. Das BfV hat auch keine Kenntnis von der Beobachtung der Kampagne durch ein Landesamt für Verfassungsschutz.“

EU-MISSIONSBERICHT SIEHT STRAFMASSNAHMEN VOR

■ Die Vertreterinnen und Vertreter der EU-Missionen in Jerusalem und Ramallah haben in ihrem neuesten Bericht die Situation in Ost-Jerusalem problematisiert: In eklatanter Verletzung der 4. Genfer Konvention, wonach jegliche Besiedlung von besetzten Territorien völkerrechtlich untersagt ist, wurden dort seit 1967 rund 200.000 jüdische Israelis (Siedler) angesiedelt. Von 1967–2012 hat Israel 14.203 aus Jerusalem stammenden Palästinensern die Aufenthaltsbewilligung entzogen. Ein Mittel der israelischen Vertreibungs- und Besatzungspolitik in Ostjerusalem besteht in der äußerst restriktiven Erteilung von Baubewilligungen für Palästinenser und der Zerstörung von Gebäuden, welche ohne Baubewilligung (viele davon lange vor 1967) gebaut worden sind. Derzeit bestehen zumindest 33 %

aller palästinensischer Wohngebäude in Ostjerusalem ohne israelische Baubewilligungen, was bedeutet, dass mehr als 93.000 Palästinenser von der Zerstörung ihrer Häuser und der Ausweisung bedroht sind. Allein im Jahr 2013 gab es 98 Hauszerstörungen, wodurch 298 PalästinenserInnen, davon 153 Kinder, ihr Wohnrecht in Jerusalem verloren haben.

Derzeit beträgt der Anteil der Palästinenser an der Gesamtbevölkerung in Jerusalem rund 39 %. Der Anteil von Investitionen in den palästinensischen Gebieten Jerusalems im Budget der Stadtverwaltung von Jerusalem beträgt rund 10 %.

Der Report 2014 schlägt auch Strafmaßnahmen gegen gewalttätige Siedler und gegen Siedlungsprodukte vor, z.B. Restriktionen gegen bekannte gewaltbereite Siedler bei der Einreise in EU-Staaten, weitere Schritte in Richtung Verbraucherrechte, dass diese eine informierte Kaufentscheidung treffen können, Bewusstseinsbildung unter europäischen Unternehmen, über die Risiken der Zusammenarbeit mit Siedlungen und die Aufklärung von Tourismusunternehmen, wie sie eine Zusammenarbeit mit Siedlungen vermeiden können.

VORERST KEINE ANERKENNUNG PALÄSTINAS

■ Der Bundestag hat einen Antrag der Fraktion DIE LINKE vom März 2015 auf Anerkennung des Staates Palästina zur weiteren Beratung an den Auswärtigen Ausschuss und an den Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe verwiesen. In der Bundestagsdebatte am 23. April 2015 wurde der Antrag vom CDU-Vertreter als ein einseitiger Schritt und vom Vertreter der Grünen, die Friedensverhandlungen oberste Priorität einräumen, abgelehnt.



Palästina hat nie existiert und wird nie existieren. Siedler-Transparent in Hebron am muslimischen Friedhof in der Shuhada-Straße.

Schwerpunkt: Israel

Mit welchem Israel solidarisieren Sie sich?

Zahlreiche Prominente aus Politik und Gesellschaft sind als Gastredner oder Besucher an den bundesweiten Veranstaltungen zu Jubiläumsfeiern anlässlich von 50 Jahren diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Israel angekündigt. Auf diesen Veranstaltungen, die von der Bundesregierung unter Mitwirkung der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, der israelischen Botschaft und anderer Pro-Israel-Gruppierungen als Solidarität mit dem Staat Israel gelten sollen, sollten sich die Teilnehmenden auch dieser Frage stellen: Mit welchem Israel solidarisieren Sie sich?

Solidarisch zu sein, ist ein ehrenwerter Charakterzug und bewundernswert. Anders verhält es sich, wenn es um eine blinde, kritiklose und undifferenzierte Solidarität geht. Und genauso verhält es sich mit der Solidarität der Teilnehmer an den Israel-Solidaritäts-Veranstaltungen in diesem Jahr.

Die Frage darf zu Recht gestellt werden, mit welchem Israel sich die Teilnehmer denn tatsächlich solidarisieren. Insbesondere an diejenigen, die Personen des öffentlichen Lebens sind und in ihrer Funktion politische Parteien und kirchliche Institutionen repräsentieren.

Israel ist vielfältig – gesellschaftlich, politisch und ethnisch. Die Veranstaltungen blenden meist aber genau diese Vielfalt aus und fokussieren auf das offizielle, politische Israel. Jenes Israel nämlich, das von ultrarechten Politikern regiert und geführt wird.

Solidarisieren Sie sich mit der israelischen Bevölkerung, die Woche für Woche in Ostjerusalem gegen die Judaisierung des arabischen Teils der Stadt protestiert?

Solidarisieren Sie sich mit der israelischen Bevölkerung, die immer und immer wieder in Bili'n Seite an Seite mit gewaltfreien palästinensischen und internationalen Widerständlern gegen die Apartheidmauer demonstriert?

Solidarisieren Sie sich mit den israelischen Soldaten, die den Militärdienst im besetzten Palästina aus Gewissens- und humanitären Gründen verweigern?

Solidarisieren Sie sich mit den israelischen Künstlern, die sich weigern, in den völkerrechtswidrig errichteten Siedlungen im besetzten Palästina aufzutreten?

Solidarisieren Sie sich mit der palästinensischen Minderheit in Israel, die seit der Gründung des Staates Repressalien und rassistischen Gesetzen unterworfen ist?

Günter Grass 1927–2015

FOTO // FULYA ATALAY / SHUTTERSTOCK.COM



„Es stimmt, daß ich lange gebraucht habe, mich dazu durchzuringen, meinen Freundesdienst gegenüber den in Israel lebenden Juden durch offen ausgesprochene Kritik zu beweisen. Nun hoffe ich, daß mein später, womöglich verspäteter Entschluß, das Schweigen zu brechen, möglichst vielen Menschen behilflich wird, aus ähnlicher Motivation die Dinge beim Namen zu nennen ... Es ist an uns das Niveau der notwendigen Kritik zu bestimmen.“

AUS EINEM BRIEF AN EVELYN HECHT-GALINSKI

Wenn Sie sich mit diesem Israel solidarisieren, dann haben Sie unser Verständnis und unsere Unterstützung. Denn das ist das Israel, das Frieden und Gerechtigkeit anstrebt und somit jede Form der Solidarität verdient.

Aber Sie nehmen jetzt an einer Veranstaltung teil, die Solidarität mit einem anderen, mit dem offiziellen, radikalen und brutalen Israel widerspiegelt. Ein Israel, das auf Siedlungsbau, Enteignung und Entrechtung setzt. Ein Israel, das sich seit Jahrzehnten über internationales Recht und internationale Beschlüsse hinwegsetzt. Ein Israel, das seit Jahrzehnten Landstriche anderer Staaten in der Region besetzt hält. Ein Israel, das seit über 67 Jahren das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung und Rückkehr verhindert. Ein Israel, das jeglichen Friedensgedanken hinter Mauern sperrt und seit über sieben Jahren über eine Million Menschen im größten Freiluftgefängnis der Welt gefangen hält. Ein Israel, das die friedliche jüdische Religion ad absurdum führt und

stattdessen rassistische Gesetze verabschiedet, die Minderheiten benachteiligt und ein Apartheidssystem langfristig manifestiert.

Sie solidarisieren sich mit einem Staat, der die Kriegstrommel immer wieder lauter schlägt, damit die soziale und politische Ungerechtigkeit in Israel und in dem von Israel besetzten Palästina nicht gehört wird. Ein Israel, das von den meisten deutschen Staatsbürgern als provozierender, feindseliger Staat angesehen wird. Sie solidarisieren sich mit einem Staat, der von der Mehrheit der Europäer als Kriegstreiber und Störer des Weltfriedens betrachtet wird.

Wollen Sie sich wirklich genau mit diesem Israel solidarisieren? Dann sind Sie auch ein Teil dieses Unrechtssystems und negieren gleichermaßen die demokratischen, menschenachtenden Regeln, auf denen Deutschland fußt.

RAIF HUSSEIN, VORSITZENDER DER DEUTSCH-PALÄSTINENSISCHEN GESELLSCHAFT (DPG)

BERLIN

Jürgen Sendler
berlin@dpg-netz.de

COTTBUS

Toni Janßen
Cottbus@dpg-netz.de

NORDRHEIN-WESTFALEN (SÜD)

Dr. Martin Breidert
nrw@dpg-netz.de

KÖLN UND UMGEBUNG

Petra Schöning
koeln@dpg-netz.de

DÜSSELDORF

William Hodali
duesseldorf@dpg-netz.de

HAMBURG UND UMGEBUNG

Dr. Dieter und Eva Lehmann
hamburg@dpg-netz.de

HANNOVER

Dr. Wilhelm Wortmann
hannover@dpg-netz.de

FRANKFURT/MAIN

Khalil Toama
frankfurt@dpg-netz.de

TRIER

Hazem Shehada
trier@dpg-netz.de

OLDENBURG/ OSTFRIESLAND

Isam Elkorhaly
oldenburg@dpg-netz.de

RUHRGEBIET

Dr. Yousef Ribhi
ruhrgebiet@dpg-netz.de

OSNABRÜCK UND UMGEBUNG

Nazih Musharbash
osnabrueck@dpg-netz.de

BREMEN

Dr. Detlef Griesche
bremen@dpg-netz.de

KASSEL

kassel@dpg-netz.de

SÜDBAYERN

Jörg Steinhardt
suedbayern@dpg-netz.de

Aktivitäten

PALÄSTINA-SOLIDARITÄTSPREIS

Die Preisträgerin des Palästina-Solidaritätspreises 2014 der Palästinensischen Gemeinschaft Deutschlands ist Ingrid Rumpf aus Pfullingen. Die Vorsitzende des Vereins Flüchtlingskinder im Libanon hat eine Wanderausstellung mit Begleitheft über Flucht und Vertreibung von 750.000 Palästinensern im Jahr 1948 (Nakba) konzipiert. Die Ausstellung auf Deutsch, Englisch und Französisch wurde bislang in 124 Orten gezeigt, darunter im EU-Parlament in Straßburg und bei den Vereinten Nationen in Genf.



Seit 2009 bitten palästinensische Christ/Innen mit ihrem Wort des Glaubens, der Hoffnung und der Liebe, sich für ein Ende der Besetzung palästinensischen Landes einzusetzen. Dieses Kairos-Palästina-Dokument wurde auf dem 2. Ökumenischen Kirchentag 2010 in München behandelt. Anträge, dem Dokument und seinen Verfasser/Innen – angesichts der sich weiter verschlechternden Lage in Palästina – ein Forum zu geben, wurden für die Kirchentage 2011 in Dresden, 2013 in Hamburg und 2015 in Stuttgart vom Kirchentagsbüro abgelehnt. Daraufhin entschied sich das KAIROS-Palästina-Solidaritätsnetz, eigene Veranstaltungen zu Israel und Palästina als Ergänzung zum Programm des DEKT 2015 in Stuttgart anzubieten.

www.gerechtigkeit-schafft-frieden.de

PALÄSTINENSERKONFERENZ IN BERLIN SOLLTE VERHINDERT WERDEN

»Islamisten planen Hasskonferenz in der Hauptstadt«, titelte die BILD und bezeichnete kurzerhand sämtliche 3000 Teilnehmer als »Hamas-Leute«. Von »Hamas-nahen Rednern«, schrieb die WELT. Und auch der Tagesspiegel berichtet über eine »Veranstaltung der palästinensischen Hamas«. Gestartet hatte die Verleumdungskampagne die »Jüdische Allgemeine« am 17.04.15, die zum »Widerstand gegen Pro-Hamas-Tagung« aufrief.

Gemeint war mit den medialen Angriffen die »13. Konferenz der Palästinenser in Europa«, die am 25. April 2015 in Berlin-Treptow stattfand. Das »Neue Deutschland« war wohl die einzige Tageszeitung, die in einem eindeutigen Kommentar (von Emran Feroz) Front gegen die wirklich üblen Hetzkampagnen machte. »Die Konferenz«, so der Kommentar, »wird von einer medialen Berichterstattung begleitet (...), die einerseits vor Islamfeindlichkeit und Araber-Hass nur so trieft; andererseits aber kaum Belege liefert für den Vorwurf, dass es sich hierbei um »Europas größtes Hamas-Treffen« handelt.« Auch unter den Rednern finde sich, so der Kommentar, kein einziges Hamas-Mitglied. Auf der Konferenz sprach beispielsweise Pfarrer Manuel Musallam, der lange Jahre die katholische Gemeinde in Gaza leitete. Hauptthema der Konferenz war das Schicksal der Flüchtlinge und das Rückkehrrecht der Palästinenser, welches bekanntlich im Völkerrecht verankert ist. Der Berliner Verfassungsschutz stufte, wie

KIRCHENTAG MIT THEMENTAG NAHOST

Das KAIROS-Palästina-Solidaritätsnetz, die pax christi-Kommission Nahost und die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Baden-Württemberg veranstalten am 6. Juni 2015 einen Thementag »Gerechtigkeit schafft Frieden in Palästina und Israel« in Stuttgart. Kurzvorträge und Podien sind mit Pfarrer Mitri Raheb aus Bethlehem, Mitverfasser des Kairos-Palästina-Dokumentes, Helga Baumgarten, Politikwissenschaftlerin an der palästinensischen Universität Bir Zeit, Jeff Halper, Direktor des israelischen Komitees gegen Hauszerstörung (ICAHN), Weihbischof Thomas Maria Renz von der Diözese Rottenburg-Stuttgart, Vorsitzender der Arbeitsgruppe »Naher und Mittlerer Osten« der Deutschen Bischofskonferenz, mit dem früheren Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland Manfred Kock, dem jüdischen Trauma-Therapeuten und Direktor von Kairos USA, Mark Braverman, den Bundestagsabgeordneten Rainer Arnold, verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, Annette Groth, menschenrechtspolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke und Uwe Kekeritz, entwicklungspolitische Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, sowie Rolf Verleger von der Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost. Am Abend ist ein Konzert mit Esther Bejarano und ihrer Rap-Band Microphone-Mafia.

in einem Bericht vorab mitgeteilt, die seit 2002 jährlich stattfindende Konferenz als „wichtigste Aktivität von Hamas-Anhängern“ in Berlin ein. In der jüngeren Vergangenheit aber, so der Verfassungsschutzbericht, würden die Organisatoren darauf achten, „keine Personen mehr einzuladen, die klar der Hamas zugeordnet werden können.“ (RBB v. 25.04.15) Die Differenzierung konnte nichts mehr bewirken. Für die deutsche Medien-Öffentlichkeit vor allem in Berlin war und ist das Ganze eine Hamas-Veranstaltung. In Berlin riefen alle fünf im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien (CDU, SPD, Grüne, Linke und Piraten) zu Protesten gegen die Konferenz auf. Initiator des Aufrufes mit dem Titel „Berlin gegen Hamas. Für ein weltoffenes, friedliches Miteinander“, den auch die rechtspopulistische Bärgründer unterstützte, waren die Amadeu Antonio Stiftung, das American Jewish Committee (AJC) und der Grünen-Bundestagsabgeordnete Volker Beck. Rund 200 Berliner folgten dem Aufruf und demonstrierten gegen die Konferenz.

SÖNKE HUNDT

ERFOLGREICHE „NAKBA“- AUSSTELLUNG IN BREMEN

■ Der Erfolg der Nakba-Ausstellung in Bremen hat mit 1500 Besuchern die Erwartungen der Veranstalter übertroffen. Zu den acht begleitenden Veranstaltungen und Filmvorführungen kamen zusammen über 1000 Interessierte. Anette Klasing, zweite Vorsitzende der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft und aktive Organisatorin des Ausstellungsprojekts, ist noch während der Ausstellung am 8. März im Rahmen eines Festakts des internationalen Frauentags in der Oberen Rathauhalle zur „Frau des Jahres in Bremen“ gewählt worden.

Die Jüdische Gemeinde und die Deutsch-Israelische Gesellschaft (DIG) hatten alles Erdenkliche versucht, diese Ausstellung komplett zu verhindern. Schließlich wurde die endgültige Entscheidung vom Bürgermeister der Stadt auf der Deputationssitzung für Kultur verkündet: Die Ausstellung könne – weder aus polizeilichen noch verwaltungstechnischen Gründen – verhindert werden.

Im regionalen Fernsehen (Buten un Binnen) von Radio Bremen kam ein für Bremen beschämender Affront gegen die palästinensische Botschafterin, Dr. Khoulood Daibes, die zur Eröffnungsveranstaltung gekommen war, zur Sprache.

Weder Bürgermeister Jens Böhrnsen noch der Bürgerschaftspräsident Christian Weber waren zu einer Begrüßung der Botschafterin im Rathaus bereit gewesen. Böhrnsen begründete es damit, dass sowohl er als auch andere Vertreter aus dem Senat „vor der Bürgerschaftswahl keine zusätzlichen Termine für Botschafter zur Verfügung“ hätten. Das Erstaunen war dann groß, als man am 28. Februar 2015 im Weserkurier lesen konnte, dass der Senat Botschafter aus Fernost und Neuseeland empfangen hatte.

Zahlreiche ehemalige und jetzige Abgeordnete der SPD und der Grünen, ehemalige Landesvorsitzende der SPD, hochrangige Mitarbeiter des Rathauses einschließlich der Staatsrats-Ebene, haben die Veranstaltungen besucht und sich selber ein Bild gemacht.

DETLEF GRIESCHE

NEUSSER VERHÄLTNISSE

■ Eine gute Nachricht aus Neuss: Nachdem Bürgermeister Napp eine im Januar gestartete Veranstaltungsreihe Nahost an der dortigen VHS gestoppt hatte, kann diese nun doch wie geplant stattfinden. Der Kulturausschuss der Stadt Neuss hatte im Herbst letzten Jahres der geplanten Reihe mehrheitlich zugestimmt. In Frage gestellt wurde die Reihe, als nach der ersten Veranstaltung Presseberichte lanciert wurden, die behaupteten, dass der Konflikt überwiegend „aus Sicht der Gegner Israels“ dargestellt werde.

GRÜNDUNG DES PALÄSTINA NETZWER- KES MÜNCHEN

■ In München ist auf Initiative der dortigen palästinensischen Gemeinde ein Palästina Netzwerk zur Koordinierung der Aktivitäten gegründet worden. Neben der PGM und der DPG Regionalgruppe sind u.a. Salam Shalom, Palästina-Komitee, palästinensisch-jüdische Dialoggruppe, pax christi sowie die Frauen in Schwarz vertreten.

REGIONALGRUPPEN GRÜNDEN

■ Der Vorstand der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft (DPG) hat auf seiner Mitgliederversammlung im März in Ohrbeck/Osnabrück zur Gründung neuer Regionalgruppen, die autonom und im Sinne der Satzung arbeiten wollen, aufgerufen. Ein wichtiges Ziel der DPG sei die Anerkennung des Staates Palästina durch die Bundesregierung.

FOTO // ROEM



Denkmal im Hafen von Gaza für die am 31. Mai 2010 getöteten neun Friedensaktivisten auf der Marvi Marmara, einem Schiff der Gaza Freedom Flotilla. (Aufnahme von 2011).

LESERBRIEFE

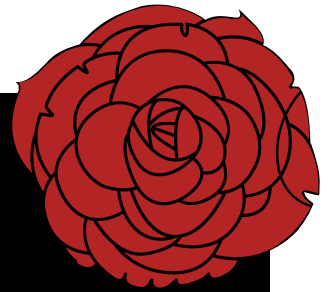
Ich bewundere das „Journal“, das dieses Jahr besonders gut gelungen ist.

B. H., FRANKFURT AM MAIN

Das Heft ist wirklich sehr gut gelungen – das beste bisher, urteilten unsere Leute! Gutes Layout, gute Beiträge und sehr gute Gliederung des Ganzen.

D. G. BREMEN

NAMEN SIND DER REDAKTION BEKANNT



Weltweite Solidarität

International

STOPPT VERTREIBUNG AUS OST-JERUSALEM!

[] Die Society of St. Yves, das katholische Menschenrechtszentrum in Jerusalem, und viele internationale Organisationen haben Israels andauernde Politik von zwangsweiser Vertreibung von Palästinensern aus Ost-Jerusalem und der Westbank verurteilt. Besonders protestieren sie gegen die kürzlich versuchte Vertreibung der Ghaith-Sub-Laban-Familie aus ihrem Haus in der Altstadt Jerusalems. Die Familie hat nach israelischem Gesetz einen „geschützten Mieterstatus“. Das bedeutet, dass solange sie weiter Miete zahlt, sie nicht der Vertreibung ausgesetzt sein sollte.

Die Ghaith-Sub-Laban-Familie ist eine palästinensische Familie, die seit 1950 im muslimischen Viertel der Altstadt von Ost-Jerusalem lebt. Israelische Siedler und Sicherheitskräfte haben in diesem Jahr schon zweimal versucht, die Familie zu vertreiben, aufgrund einer Vertreibungsorder vom israelischen Magistratsgericht. Die Vertreibungsorder gründet sich auf eine diskriminierende Eigentumspolitik, nach der israelisch-jüdische Siedler Eigentum beanspruchen können, das ihnen angeblich schon vor 1948 gehörte. Doch ist es Palästinensern nicht erlaubt, ihren Besitz, den sie 1948 in Jerusalem verlassen mussten, zu beanspruchen – sie werden als „abwesend“ angesehen, selbst wenn sie noch im besetzten Palästina leben.

Der Ghaith-Sub-Laban-Fall ist leider kein Einzelfall. Das israelische Gerichtssystem und israelische Behörden haben ähnliche Methoden angewandt, um Dutzende von palästinensischen Familien aus der Altstadt und aus den Vororten im besetzten Ost-Jerusalem zu vertreiben.

<http://www.saintyves.org>

FÜNF JAHRE KAIROS-PALÄSTINA-DOKUMENT

[] Die Ziele des Kairos-Palästina-Dokuments sind auch nach fünf Jahren noch nicht erreicht. Die Beendigung des israelisch-palästinensischen Konflikts sei eine wesentliche Voraussetzung, um den Nahen Osten zu befrieden. Das stellten die über 250 Teilnehmenden aus Palästina und vielen anderen Ländern auf ihrer Konferenz im Dezember 2014 in Betlehem fest. Millionen von Menschen haben seit dem arabischen Frühling beispielloses

Leid und Vertreibung erfahren. Diese regionalen Entwicklungen beeinflussten auch die Diskussion um den israelisch-palästinensischen Konflikt.

Politiker in aller Welt müssten dringend Maßnahmen ergreifen, um ihre nationalen Strategien



Der griechisch-orthodoxe Erzbischof Theodosios und Mitverfasser des Kairos-Palästina-Dokuments

internationalem Recht anzugleichen, damit ein gerechter Frieden möglich werden kann. Die Europäische Union und einige Parlamente versuchten Handelsbeschränkungen auf Waren durchzusetzen, die in israelischen Siedlungen produziert werden. „Wir drängen sie dazu, ihre Bemühungen zu intensivieren, obwohl wir befürchten, dass ihre Worte zu geringe Wirkung haben und zu spät kommen“, heißt es im Abschlussdokument von Betlehem. Die Versammlung schloss sich der Forderung der palästinensischen Zivilgesellschaft an, Boykott, Investitionsentzug und Sanktionen als entsprechende gewaltlose Form kreativen Widerstands umzusetzen, bis die illegale israelische Besatzung überwunden ist. Das Ursprungs-Dokument wurde von einer breiten ökumenischen Gruppe palästinensischer christlicher Persönlichkeiten verfasst.

Europa

KEINE ZUSAMMENARBEIT MIT DER BESATZUNG!

[] Über 300 europäische Organisationen, darunter über 20 deutsche, haben nach dem Gaza-Krieg 2014 einen Aufruf zur Aussetzung des EU-Israel-Assoziierungsabkommens unterzeichnet.

„Wir verurteilen Israels letztes Massaker an den Palästinensern im belagerten Gazastreifen scharf ... Israels Verletzung des Völkerrechts hat jedoch nicht erst mit dem jüngsten Angriff auf Gaza begonnen. Seit Jahrzehnten verweigert Israel den Palästinensern das Recht auf Selbstbestimmung,

indem es sich vorsätzlich und mit Gewalt Land und Ressourcen aneignet, Palästinenser zwingt, ihr Land zu verlassen, systematisch Palästinenser diskriminiert und jene brutal unterdrückt, die versuchen, sich der Besatzung und Verletzung von Menschenrechten zu widersetzen. Unmittelbar nach dem Ende des Massakers in Gaza kündigte Israel den seit Jahrzehnten größten illegalen Landraub an und konfiszierte zur Erweiterung seiner illegalen Siedlungen weitere 1000 Hektar palästinensischen Landes in der Region von Betlehem in der besetzten palästinensischen Westbank. Die UNO, die EU und andere Institutionen beschuldigen Israel der Verletzung internationalen Rechts im Laufe seiner Besetzung der palästinensischen Gebiete. Durch den Fortbestand des EU-Israel-Assoziierungsabkommens und der Stärkung der bilateralen Beziehungen vermitteln die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten Israel den Eindruck, es habe sich nicht an das Völkerrecht zu halten. Die EU fördert ein Klima der Straflosigkeit und den Mangel an Rechenschaftspflicht. Indem die EU Israel, trotz seiner fortgesetzten Völkerrechtsverletzungen, weiterhin bevorzugten Zugang zu den europäischen Märkten, EU-Programmen und Finanzierungen gewährt, leistet sie materielle Unterstützung für Israels Verstöße gegen das Völkerrecht. Die EU verletzt somit ihre eigenen völkerrechtlichen Verpflichtungen.

Als Organisationen, die jegliche Form der Diskriminierung, einschließlich Antisemitismus und Islamophobie, ablehnen und als Unterstützer des Rechts aller Menschen, in Freiheit und Würde zu leben, fordern wir die Europäische Union auf, ihr Assoziierungsabkommen mit Israel auszusetzen, bis dieses dem Völkerrecht nachkommt, und wir rufen die Menschen in ganz Europa dazu auf, sich uns anzuschließen.“ Aus Deutschland haben den Aufruf unterzeichnet: die Ärztefriedensorganisation IPPNW, die katholische Friedensbewegung Pax Christi, die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft, EAPPI, Attac – AG Globalisierung und Krieg Deutschland, Deutsch-Palästinensischer Frauenverein, Frauen wagen Frieden, Jüdisch-Palästinensische Dialoggruppe München, Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost, Laika Verlag, Palästina/Nahost-Initiative Heidelberg
<http://www.eccpalestine.org/call-for-action-no-association-with-occupation/Palästina>

GEWERKSCHAFT RUFT NACH SOLIDARITÄT

Die palästinensische Post-Gewerkschaft ruft die Gewerkschaften weltweit zur Solidarität auf. Die palästinensischen Postangestellten stehen vor besonderen Problemen. So wird der palästinensische Postcode von vielen Ländern und Postbetrieben gar nicht anerkannt, jegliche Post wird über israelische Stellen geleitet. Aufruf unter http://www.labournet.de/wp-content/uploads/2015/02/Postsoli_palästina.pdf

BEI PROTEST IN HEBRON ANGESCHOSSEN

Beim jährlichen Protestmarsch für die Öffnung der Shuhada-Straße in Hebron sind nach Angaben der International Solidarity Movement (ISM) fünf Demonstranten, darunter vier palästinensische Aktivisten und eine deutsche Staatsangehörige, durch scharfe Munition verletzt worden. Annähernd tausend Palästinenser, begleitet von israelischen und internationalen Unterstützern, marschierten mit Transparenten und Fahnen in Richtung einer der abgesperrten Eingänge der

oder Verfahren. Die Parlamentarierin leidet unter chronischen Gesundheitsproblemen. Israelische Sicherheitskräfte hatten Khalida Jarrar am 2. April um 1.30 Uhr in ihrem Haus in Ramallah im besetzten Westjordanland festgenommen.

Die 52-jährige Politikerin übt aktiv Kritik an der israelischen Besetzung der palästinensischen Gebiete. Im August 2014 widersetzte sie sich einer militärischen Anordnung, laut der sie ihre Heimatstadt Ramallah hätte verlassen müssen. Aufgrund „geheimer Beweismittel“ hatte das Militär angeordnet, dass sie sechs Monate nach Jericho ziehen müsse. Im Februar 2015 wurde sie zum Mitglied des Komitees ernannt, das Präsident Abbas nach der Unterzeichnung des Römischen Statuts im Dezember 2014 ins Leben rief, um die palästinensischen Anliegen vor dem Internationalen Strafgerichtshof vorzubringen. Sie ist außerdem die stellvertretende Vorstandsvorsitzende der palästinensischen Menschenrechtsorganisation Addameer, die sich für die Rechte von palästinensischen Häftlingen einsetzt. Seit 2006 ist sie Mitglied des Parlaments.

Die Staatsanwaltschaft erklärte, dass sie kei-

[urgent-action/ua-081-2015/palaestinenserin-verwaltungshaft?destination=node/5309](http://www.urgent-action/ua-081-2015/palaestinenserin-verwaltungshaft?destination=node/5309)

BUCHMESSE UND BESATZUNGSPOLITIK

Die »Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost« hatte zum Boykott aller proisraelischen Veranstaltungen der Leipziger Buchmesse 2015 aufgerufen. Sie unterstütze den von 17 zivilgesellschaftlichen Organisationen im palästinensischen Westjordanland – einschließlich Ostjerusalem – und Gazastreifen an die internationale Öffentlichkeit gerichteten Aufruf zu Boykott, Desinvestition und Sanktionen (BDS), solange Israel die Besatzung der im Juni-Krieg 1967 eroberten Territorien aufrechterhält, der palästinensischen Bevölkerung die Grund- und Menschenrechte versagt und tagtäglich geltendes internationales Recht verletzt.

Die Leipziger Buchmesse sei vom Außenministerium Israels mitfinanziert. Der Botschafter Israels in Deutschland, Yakov Hadas-Handelsmann vertrete ein Land, das für jüdische und nichtjüdische Bürger zweierlei Rechtssysteme festschreibt, die einheimische palästinensische Bevölkerung ausgrenzt und sich durch diskriminierende Gesetze als Apartheidstaat manifestiert. Unter den eingeladenen 17 israelischen Autoren sei nur ein einziger israelischer Palästinenser, obwohl die palästinensischen Araber über 20 Prozent der israelischen Bevölkerung ausmachen. Das israelische Außenministerium wünsche den Staat als jüdisch und europazentriert zu demonstrieren. Es sei mehr als bedauerlich, dass die Organisatoren einer Buchmesse in Deutschland solchen Botschaften der Ausgrenzung kommentarlos folgen, schreibt die Jüdische Stimme.



Demo in Hebron für die Öffnung der Shuhada-Straße

Shuhada-Straße. Sie riefen dazu auf, die Besatzung zu beenden und die Shuhada-Straße wieder zu öffnen, deren Absperrung für die Palästinenser zu einem Symbol des israelischen Apartheidsystems geworden ist. Armee und Grenzpolizei sperrten die zur Shuhada-Straße führenden Wege ab und griffen die Demonstration mit scharfer Munition, gummi-ummantelten Stahlkugeln und Schockgranaten an. Dabei wurden insgesamt etwa 20 Demonstranten verletzt.

ne Anklage gegen Khalida Jarrar erheben würde, weil ihr dies die Möglichkeit einer Freilassung gegen Kautio einräumen würde. Dies ist ein Indiz dafür, dass man die Parlamentarierin mit ihrer Inhaftierung für ihr politisches Engagement bestrafen will. Die Haftanordnung gegen sie kann unbegrenzt erneuert werden.

<http://www.amnesty.de/>

Deutschland

PARLAMETARIERIN IN VERWALTUNGSHAFT

Amnesty international hat zu einer Briefaktion für die palästinensische Parlamentarierin Khalida Jarrar aufgerufen. Gegen sie ist eine sechsmonatige Verwaltungshaftstrafe erlassen worden. Weil sie sich einer israelischen Anordnung widersetzt hat, droht ihr nun eine Inhaftierung auf unbestimmte Zeit ohne Anklageerhebung





BUCH // THEOLOGISCHE UND POLITISCHE STREITSCHRIFT

【 1 】 Das beste Buch bisher und in den letzten zwanzig Jahren, das sich neben das von Ilan Pappé stellen kann, hat ein palästinensischer Theologe geschrieben. Es wird allen Erwartungen gerecht, die man an den umtriebigen, fleißigen und ehrlichen Beobachter der Geschichte seines Volkes hegen kann. Raheb beschreibt die geopolitische Geschichte der Region, die immer schon von den Großreichen, also Imperien bestimmt war. Palästina war während der letzten 2500 Jahre besetztes Gebiet und Schlachtfeld konkurrierender Reiche. Das geht von den Assyriern, den Babyloniern, den Persern, den Griechen und den Römern, dann den Byzantinern, den Arabern, den Tartaren über die Kreuzritter, die Ayyubiden, die Mongolen (1244), die Mamelucken, zu den Osmanen (1516), dann

den Briten (1917) und schließlich den Israelis (1948/67). Es ist ein ganz politisches und gleichzeitig ganz theologisches Buch. Wer das auseinanderhalten möchte, sollte es nicht lesen.

Diese Menschen, mit denen Mitri Raheb so lange schon ausharrt und Hoffnung hat, müssen das „Yes we can“ von Martin Luther King lernen und sich zu eigen machen. Selig die Sanftmütigen, ihnen wird das Erdreich gehören. Ein wunderbares Buch. Für die Menschen in Palästina, in jeder anderen Situation, wo Menschen auf die Gerechtigkeit und Freiheit warten, für uns, die wir bisher eine solche historisch-theologische Perspektive nicht vorgestellt bekommen haben.

RUPERT NEUDECK

Mitri Raheb, Glaube unter imperialer Macht

Eine palästinensische Theologie der Hoffnung, Gütersloher Verlagshaus, 2014
Broschur, 224 Seiten, 19,99 € [D]



BROSCHÜRE // UNVERZICHTBAR BEI PILGERREISEN

【 1 】 3,5 Millionen Touristen besuchen jährlich Israel und geben 6,5 Milliarden US-Dollar aus. Fast jeder von ihnen fährt nach Betlehem oder in andere Orte in Palästina. Aber in der Regel von israelischen Hotels/Restaurants ausgehend, mit israelischen Bussen und israelischen Reiseleitern. Von den Einnahmen fallen nur Brosamen für Palästina ab. Dieses zu ändern hat sich die Broschüre „Kommt und seht“ von Brot für die Welt, Misereor und Tourism Watch vorgenommen. Hier gibt es nützliche Hinweise auf Adressen, Organisationen und Reiseveranstalter, die zu einem intensiveren Kennenlernen der Menschen und deren Leben in den besetzten Gebieten verhelfen

wollen. Vom Kairos-Palästina-Dokument über den Nativity Trail (Wanderroute von Nazareth nach Bethlehem, 160 km, elf Tage) bis zu Völkerrecht und Mauer und Aufenthalt in palästinensischen Familien ist alles in diesem Heft enthalten. Als Vorbereitung insbesondere von Pilgerreisen ist diese kostenlose Broschüre unverzichtbar!

JAN-GÜNTER FRENZEL

Reiseführer „Kommt und seht!“

Reisen und Pilgern im Heiligen Land
Hrsg.: Brot für die Welt, Misereor und Tourism Watch
Zu bestellen unter info@brot-fuer-die-welt.de



AUSSTELLUNG // SPRACHLOSIGKEIT UND TRÄNEN

【 1 】 Die Ausstellung umfasst Kinderzeichnungen aus zwei traumatherapeutischen Projekten (Treatment and Rehabilitation Center for Victims of Torture [TRC] in Ramallah und „Let the Children Play and Heal“ der Middle East Children's Alliance [MECA] im Gazastreifen), Texte über die politische und geografische Entwicklung des Nahost-Konflikts, die Lebensbedingungen v. a. für Kinder in Ost-Jerusalem, dem Westjordanland und dem Gazastreifen mit Karten und Fotos sowie ein Text über Festnahme, Verhör und Haft palästinensischer Kinder. Darin werden die wichtigsten Ursachen von Traumatisierung und Angststörungen geschildert. Eine Tafel widmet sich Kinderrechten, eine der Arbeit von TRC und MECA.

Die Zeichnungen sind um bestimmte Themen gruppiert: „Angst und Sehnsucht nach Geborgenheit“

– die Angst vor dem Eindringen von Soldaten in das Elternhaus und Hauszerstörung; bei „Alltägliche Gewalt“ geht es um direkte Gewalt wie die Erschießung von Kindern; ein Thema sind die „Schrecken der Verhaftung“; ein anderes „Sprachlosigkeit und Tränen“ – die Traumatisierung kann so schwerwiegend sein, dass das Kind regrediert und sich auch nicht mehr ausdrücken kann; in den Zeichnungen auf der Tafel „Ausharren für die Heimat“ geht es um die palästinensische Identität.

Die Wanderausstellung war bereits in verschiedenen deutschen Großstädten zu sehen.

EDELGARD MEYER ZU UPTRUP

Ausstellung „Kinder in Palästina“

Ausleihe über Kontakt:
Karin.Nebauer@vodafone.de



FILM // DER GRÖSSTE FISCH DES SHIN BET

【 1 】 Mosab Hassan Yousef, Sohn des Hamasführers Scheich Hassan Yousef, wird während einer Haft im israelischen Gefängnis umgedreht.

Seitdem informiert er als Privatsekretär seines Vaters den israelischen Inlandsgeheimdienst Shin Bet und geht ein freundschaftliches Verhältnis zu seinem Führungsoffizier ein. Er ist der „größte Fisch“ mit dem Namen „der grüne Prinz“ in der Liste der Kollaborateure. Vor seiner Enttarnung geht er in die USA, wo er politisches Asyl erhält. Abgesehen von den politischen korrekten Sprüchen ist dieser Film von der ersten bis

zur letzten Minute außerordentlich spannend und zeigt die Psychoraffinesse von Geheimdiensten. Stasi lässt grüßen. Unbedingt sehenswert!

JAN-GÜNTER FRENZEL

Der grüne Prinz

The Green Prince (dt. Fassung) –
basierend auf dem Bestseller „Sohn der Hamas“
Nadav Schirman (Regisseur)
Freigegeben ab 12 Jahren

BUCH // BESATZUNG NICHT MEHR PROFITABEL

■ Für Deutsche dürfte Shir Hevers Untersuchung von besonderem Interesse sein. Schließlich ist die Bundesrepublik eines der größten Geberländer der unter Besatzung lebenden palästinensischen Bevölkerung, außerdem der zweitgrößte Investor Israels »und ein Land, das bedeutenden Einfluss in der EU besitzt, Israels wichtigstem Handelspartner«. Berlin genehmigte zwischen 2000 und 2011 nach den USA am meisten Waffenexporte nach Israel.

Hever führt Gründe für die ungleiche Entwicklung der Ökonomien in Israel und Palästina an. Beispielsweise steige eine Warenlieferung von einem israelischen Hafen bis zu seinem palästinensischen Zielort wegen restriktiver Importregeln im Wert auf 337 Prozent seines Ursprungspreises. Die israelische Wirtschaft profitiere von der

Besatzung in verschiedener Hinsicht. Die durch die israelische Regierung eingesammelten Steuern übersteigen die Ausgaben der israelischen Institutionen in den besetzten palästinensischen Gebieten. Die palästinensischen Gebiete wurden zu einem abhängigen und kontrollierten Markt für israelische Güter, insbesondere minderwertige Waren, die sich auf dem heimischen Markt nicht mehr verkaufen ließen. Seit den 80er Jahren sei die israelische Besatzung jedoch nicht mehr profitabel.

LUCAS ZEISE

Shir Hever, Die Politische Ökonomie der israelischen Besatzung
Neuer-ISP-Verlag, Köln 2014, 263 Seiten, 19,80 €
ISBN 978-3-89900-140-2



FILM // ZENSURIERTE KRIEGSERFAHRUNGEN

■ Nach dem 6-Tage-Krieg 1967 interviewte Amos Oz junge Kibbuzniks, die gerade von der Front zurückgekehrt waren. Die Männer redeten kritisch über die Zerstörungen, die Gräueltaten und ihre Ängste. Die Interviews wurden von der Zensur nicht freigegeben, teilweise bis heute. Was mir rückblickend in Erinnerung geblieben ist, sind die beeindruckenden Kriegsbilder, die heldenhaften Kämpfer und der frenetische Jubel der israelischen Bevölkerung über den Sieg. Bilder, die in ihrer Austauschbarkeit nachdenklich machen. Also: ansehen! Interessant!

JAN-GÜNTER FRENZEL

„Censored voices“, war, uncut
Israel / Deutschland 2015, 84 Min., Regie: Mor Loushy
WELTVERTRIEB: Dogwoof Pictures, Foto © Mishmar Haemek



BUCH // MEDIEN IM KONFLIKT

■ Dieser Band mit verschiedenen Aufsätzen liefert wichtige Erkenntnisse zur Medienberichterstattung über den Nahostkonflikt. Spannend ist die Studie über Public Diplomacy (PD), die insbesondere für Staaten in internationalen Konflikten wie Israel ein wichtiges Kommunikationsinstrument darstelle, um ausländische Bevölkerungen zu erreichen. Journalisten kommt dabei eine Schlüsselrolle zu. Die PD-Bemühungen von pro-israelischen Lobbygruppen gerade in der Bundeshauptstadt Berlin werden als stark eingeschätzt. Als interessante und vor allem zuverlässige Ansprechpartner werden aber eher Think Tanks und politische Stiftungen wegen ihrer umfangreichen Expertise und Informationsarbeit geschätzt. Den Journalisten sind persönliche Ansprechpartner wichtig, die einen gewissen Objektivitätsgrad mit sich bringen, weswegen häufig deutschen Mittlerorganisationen eine höhere Relevanz zugebilligt wird als israelischen.

Ansätze der New Public Diplomacy wie Facebook und Twitter seien mittlerweile veritable Kampfmittel geworden, nicht zuletzt fürs Militär. Persönliche Gespräche und Erfahrungen vor Ort werden aber weiterhin als besonders wichtig eingeschätzt. Aktuell gebe es verstärkt derartige Bemühungen von israelischer Seite z.B. vom American Jewish Committee. Einen weiteren zentralen Aspekt israelischer PD-Maßnahmen stellt der Versuch dar, die konfliktdominierte Medienberichterstattung mittels Nation-Branding-Maßnahmen zu überwinden und

anderen Themen wie Tourismus, Kultur oder Wirtschaft zu mehr Publizität zu verhelfen. Dies werde von allen befragten Redakteuren zwar wahrgenommen, aber in absehbarer Zeit nicht als erfolgversprechend eingestuft.

Eine andere Studie zeigt, dass das Selbstverständnis der Auslandskorrespondenten als objektive Vermittler zu einer überwiegend skeptischen Haltung gegenüber palästinensischem NGO-Material führt. Nichtsdestotrotz dienen NGOs den Auslandskorrespondenten als „Ideegeber“ und als Orientierung, um lückenhafte Informationen der öffentlichen Stellen zu schließen oder Kontakte zu Menschen herzustellen, die als illustrierende Fälle in die Berichterstattung eingehen. Die Journalisten bestätigen: Die Zusammenarbeit mit NGOs ist einfacher und professioneller als mit den staatlichen Einrichtungen in den palästinensischen Gebieten. Die Glaubwürdigkeit einer NGO ist das entscheidende Kriterium der Auslandskorrespondenten, wenn sie diese als Informationsquelle nutzen möchten. Vertrauen wird laut den Befragten dabei höchstens Organisationen entgegengebracht, die wiederholt zuverlässig, professionell und sachlich gearbeitet haben.

WILTRUD RÖSCH-METZLER

Carola Richter, Der Nahostkonflikt und die Medien
Paperback, 252 Seiten, Verlag: Books on Demand, 12,90 €
ISBN 978-3-7357-3918-6



Schwerpunkt: Israel

„Die Palästinenser sind die letzten Opfer des Holocaust.“ Lillian Rosengarten – eine Kämpferin für die Menschenrechte der Palästinenser

Lillian Rosengarten, eine Jüdin, die in Frankfurt geboren wurde und als Kind mit ihren Eltern nach New York geflohen war, schrieb diesen Satz: **„Die Palästinenser sind die letzten Opfer des Holocaust.“** Diese Frau wollte ich näher kennenlernen. So entstand eine intensive Korrespondenz. Schließlich schickte sie mir das Manuskript ihrer Biographie, die im letzten Jahr in Deutschland erschienen ist: **„Ein bewegtes Leben. Von den Schatten Nazi-Deutschlands zum jüdischen Boot nach Gaza.“** (Zambon-Verlag, Frankfurt a. M.)

Lillian Rosengarten fühlt sich als säkulare Jüdin den universalen Menschenrechten verpflichtet. Im September 2010 wollte *Jewish Voice for a Just Peace* ein jüdisches Boot mit humanitären Hilfsgütern nach Gaza schicken, um die Blockade zu durchbrechen. Spontan meldete sich Lillian. Zur Besatzung gehörten auch der israelische Friedenskämpfer Reuven Moskovitz und die Deutsche Edith Lutz. Erst wenige Monate zuvor hatte die israelische Marine auf dem türkischen Schiff Mavi Marmara während der Fahrt nach Gaza neun Passagiere getötet. Die Passagiere

würden. Man teilte ihr mit, dass sie zehn Jahre lang israelischen Boden nicht mehr betreten darf. Als Hans Lebrecht im Sterben lag, durfte sie ihn nicht besuchen.

Im Oktober 2011 schaffte es Lillian Rosengarten doch noch, Gaza zu besuchen – diesmal auf dem Landweg über Ägypten, zusammen mit einer deutschen Delegation. Die Menschen in Gaza begrüßten sie herzlich, weil sie als Jüdin sich für die Rechte der Palästinenser mit Leib und Leben einsetzt. Sie sprach mit Vertretern der Hamas, mit dem Fatah-Vertreter Abdallah Franghi und besuchte palästinensische Einrichtungen. Immer wieder betonte sie in Beiträgen für „**Mondoweiss**“ oder „**Electronic Intifada**“, dass Antizionismus und Antisemitismus zu unterscheiden sind.

„Sich gegen Israel aufzulehnen, bedeutet, sich gegen eine ideologische, nationalistische und rassistische Regierung zu stellen.“

Darum wendet sie sich heftig gegen jede Instrumentalisierung des Antisemitismus, mit dem die verhängnisvolle israelische Politik gerechtfertigt werden soll.

<http://mondoweiss.net/2015/03/separating-semitism-zionism>

Lillian Rosengarten schreibt in ihrer Biographie (S. 118):

„Es ist eine schwierige Frage, wie ein einst gejagtes Volk zum Jäger werden kann, wie Opfer zu Tätern werden können. Israels Hardline-Zionisten haben ihre Menschlichkeit verloren, und Israels Dichter müssen über den Tod schreiben, denn Liebe kann in Gegenwart von Rassismus und Apartheid nicht leben.“

MARTIN BREIDERT



FOTO // WILTRUD RÖSCH-METZLER

Lillian Rosengarten in Gaza, 2011

Als amerikanische Jüdin hatte sie zunächst den Zionismus unterstützt. Als sie den großen Kreis ihrer Verwandten in Israel besuchte, begegnete sie auch Hans Lebrecht, einem Vetter ihres Vaters. Als Aktivist der Friedensbewegung *Gush Shalom* kämpfte er für Freiheit und Gerechtigkeit der Palästinenser, schrieb Kommentare für die Zeitung *Haaretz* und Bücher für eine deutsche Leserschaft. Als er mit Lillian einen palästinensischen Professor und dessen deutsche Frau besuchte, wurde sie zum ersten Mal mit den brutalen Methoden des israelischen Militärs konfrontiert und hörte von zerstörten Häusern, Razzien und Enteignungen.

auf dem jüdischen Boot hofften, die israelische Marine würde ihren Katamaran nicht angreifen. Doch auch dieses kleine Schiff wurde gekapert, während es sich noch in internationalen Gewässern befand. Angehörige der „moralischsten Armee der Welt“ hielten zwei israelischen Kriegsdienstverweigerern Elektroschockpistolen auf die Brust. Während ihrer Vernehmung im Hafen von Aschdod wurde Lillian mehrfach gefragt: „Sind Sie Jüdin?“ Dann wurde sie zum Flughafen Tel Aviv überführt und in Abschiebehaft genommen. Hans Lebrecht hatte ihr schon vor Jahren prophezeit, dass eines Tages Juden gegen Juden aufstehen

Katastrophale Lage im palästinensischen Flüchtlingslager Yarmouk/Damaskus



Yarmouk am 6.4.2015

PROJEKTHILFE

Die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft
bittet Sie um Spenden auf ihr Konto, DPG e.V., Stichwort „Yarmouk“, Sparda West, Konto 600 339 210, BLZ 370 605 90, BIC: GENODE33SPK, IBAN: DE63 3706 0590 0600 3392 10.
Bitte geben Sie auf dem Überweisungsträger Ihre Adresse an, damit wir Ihnen eine Spendenbescheinigung (ab einem Überweisungsbetrag von 100 €) zusenden können.

Liebe Leserin, lieber Leser!

Seit Tagen erleben die Bewohner des palästinensischen Flüchtlingslagers Yarmouk, das unmittelbar in der Nähe der syrischen Hauptstadt Damaskus liegt, einen der brutalsten und blutigsten Angriffe der Terrormiliz IS auf das Lager und Kämpfe im Lager selbst. Die Terror-Milizen ermorden und vergewaltigen wehrlose Menschen. Die Einwohner Yarmouks werden auch durch die syrische Armee beschossen.

Im Flüchtlingslager, in dem vor dem Krieg circa 200.000 Menschen wohnen, leben derzeit noch rund 16.000 palästinensische Flüchtlinge, die keine

Möglichkeit eines Schutzes oder gar eines Fluchtwegs haben. Sie leben seit 725 Tagen ohne Strom, seit 215 Tagen ohne fließendes Wasser. Es mangelt ihnen an den einfachsten Lebensgrundlagen. Eine Folge der jahrelangen Belagerung und der Angriffe war der Hungertod von 123 Menschen.

Die Situation der eingekesselten Menschen ist Anfang April 2015 katastrophal und lebensbedrohlich. Es ist nicht zu übersehen und nicht wegzudiskutieren, dass sich hier eine humanitäre und eine medizinische Katastrophe anbahnt. Hunger und Krankheiten breiten sich rasant aus. Es fehlt an Medikamenten, an Nahrungsmitteln,

an Bekleidung. Von menschlicher Würde gar nicht zu reden.

Die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V. (DPG) möchte mit Ihrer Unterstützung und Ihrer großzügigen Hilfe der notleidenden Bevölkerung des Flüchtlingslager Yarmouk helfen und den Menschen medizinische und humanitäre Hilfe zukommen lassen.

Daher bitten wir Sie darum, dem Aufruf zur Spendenaktion der Deutsch-Palästinensischen Medizinischen Gesellschaft e.V. (DPMG), der auch von der Palästinensischen Gemeinde Deutschland e.V. (PGD) unterstützt wird, zu folgen.

Viele Grüße

NAZIH MUSHARBASH
I. A. DES DPG-VORSTANDS

**BITTE
UNTERSTÜTZEN
SIE MIT EINER
SPENDE DIE
MENSCHEN IN
YARMOUK.**

■ P.S. In der letzten Ausgabe des Palästina Journals hatten wir um Spenden für einen Schüleraustausch zwischen Osnabrück und Beit Sahour gebeten. 300 Euro sind zusammengekommen. Die DPG dankt den Spendern und Spenderinnen ganz herzlich dafür.



© **Anas Salameh**

Der palästinensische Künstler Anas Salameh lebt in Norwegen. Seine mit Kaffee gemalten Bilder entstanden im Flüchtlingslager Yarmouk in Syrien. Sie dokumentieren den Kriegsalltag im Lager, aus dem der Künstler fliehen konnte.